



WISSENSCHAFTLICHE
DIENSTE
DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

AUSARBEITUNG

Thema: **Studiengebühren - Analyse der sozialen Auswirkungen am Beispiel der Gebührenmodelle ausgewählter Staaten**

Fachbereich VIII Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit,
Bildung und Forschung

Bearbeiter: VA Gregor Strate

Abschluss der Arbeit: 20. Februar 2004

Reg.-Nr.: WF VIII G - 202/2003

Ausarbeitungen von Angehörigen der Wissenschaftlichen Dienste geben **nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung** wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung des einzelnen Verfassers und der Fachbereichsleitung. Die Ausarbeitungen sind dazu bestimmt, das Mitglied des Deutschen Bundestages, das sie in Auftrag gegeben hat, bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	4
2. Das Hochschulsystem der Vereinigten Staaten von Amerika	5
2.1. Die Finanzierung der Hochschulen	5
2.2. Der Report Losing Ground	6
2.2.1. College-Finanzierungsmodelle	9
2.2.2. Die Bildungskontenprogramme	10
2.3. Die Studiensituation in den USA	11
2.3.1. Steiler Kostenanstieg	12
2.3.2. Kampf um Begabte	12
2.3.3. Eignungsprüfungen und private Universitätsberatung	13
2.4. Fazit	14
3. Das australische Hochschulsystem	17
3.1. Das australische Higher Education Contribution Scheme	18
3.2. Das Youth Allowance- und Austudy-Stipendium	19
3.3. Das Studium	20
3.4. Bewertung des australischen Studien- und Stipendienmodells	21
3.5. Die Entwicklung der Studentenzahlen in Australien	23
3.6. Fazit	25
4. Das neuseeländische Hochschulsystem	28
4.1. Bewertung des neuseeländischen Studien- und Stipendienmodells	29
4.2. Fazit	30
5. Das englisch/ schottische Studiengebührenmodell	32
5.1. Aufbau und Merkmale der Studiengebührenmodelle	33
5.2. Bewertung der Studiengebührenmodelle	34
5.3. Fazit	36
6. Das österreichische Studiengebührenmodell	37
7. Das niederländische Hochschulsystem	39

7.1.	Bewertung des Studiengebührenmodells der Niederlande	41
7.2.	Fazit	42
8.	Zusammenfassung	44
8.1.	Fazit der Studie von Martina Bätzel	44
8.2.	Fazit der Studie von Bernhard Nagel	45
9.	Zusammenfassung	48
10.	Literatur- und Quellenverzeichnis	50

1. Einleitung

Die öffentliche Diskussion um die Einführung von Studiengebühren in Deutschland hat mit der Verfassungsklage gegen das Studiengebührenverbot durch sechs Bundesländern vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 einen neuen Höhepunkt erreicht. Passend zu diesem Hintergrund erschienen zwei Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema Studiengebühren auf internationaler Ebene befassen.

Die erste Untersuchung stammt von Martina Bätzel. Die Autorin vertritt anhand ihrer Untersuchung der Studiengebühren- und Stipendienmodelle der USA, Australiens, Neuseelands und der Niederlande die These der Notwendigkeit und Realisierbarkeit von Studiengebühren bzw. Stipendien in Deutschland.¹ Die zweite Untersuchung wurde von Bernhard Nagel erstellt. Der Autor kritisiert die Einführung von Studiengebühren und Stipendien und hält ihre Einführung in Deutschland für problematisch.² Dabei untersucht er zusätzlich zu den oben genannten Staaten die jüngste Einführung von Studiengebühren in Österreich, England und Schottland.

Die nachfolgende Ausarbeitung versucht an Hand dieser beiden Studien, die jeweilige Argumentationskette der Befürworter bzw. Gegner der Einführung von Studiengebühren nachzuzeichnen. Gleichzeitig werden an einigen Stellen weiterführende Argumente, die der Fachbereich im Laufe der letzten Zeit bei der Recherche ähnlicher Aufträge bereits erarbeitet hat, in die Ausarbeitung mit aufgenommen. Das zweite Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit dem Hochschulsystem der Vereinigten Staaten und den damit implizierten Auswirkungen auf das Bildungs- und Sozialsystem. Hier werden die Folgen, die mit der zunehmenden Kommerzialisierung der Hochschulbildung verbunden sind, am deutlichsten sichtbar. Breiten Raum nimmt auch die Darstellung des australischen Hochschulsystems in Kapitel 3 ein, da es in den letzten Jahren besonders von den Befürwortern von Studiengebühren als ein wichtiger Modellfall für Deutschland gehandelt wurde. Dies trifft ebenso für das neuseeländische Modell der Studienfinanzierung in Kapitel 4 zu. Wenig Erfahrungen gibt es bisher beim englisch/ schottischen Gebührenmodell (Kapitel 5) und dem österreichischen Studiengebührenmodell (Kapitel 6). Hier wurden erst vor kurzer Zeit Studiengebühren eingeführt; zum Teil allerdings mit beachtlichen Folgewirkungen. Größere Erfahrungen mit Studiengebühren und Studienfinanzierungsmodellen hat das niederländische Hochschulsystem seit Ende des Zweiten Weltkriegs gemacht. Ein kurzer Überblick über die Erfahrungen und Probleme finden sich in Kapitel 7. In Kapitel 8 werden noch einmal die wesentlichen Positionen der Autoren gegenüber gestellt und in Kapitel 9 einige eigene Schlußfolgerungen gezogen.

1 Bätzel, Martina, Studienfinanzierung im Sozialstaat – Eine Konzeption im Lichte der Gestaltungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin, 2003.

2 Nagel, Bernhard, Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen, Nomos, Baden-Baden, 2003.

2. Das Hochschulsystem der Vereinigten Staaten von Amerika

2.1. Die Finanzierung der Hochschulen

Während sich in Deutschland die Universitäten fast überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzieren, ist für die Hochschulen in den USA die Erschließung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten seit Jahrzehnten übliche Praxis.

Bei staatlichen Hochschulen in den USA erreichten die Mittel aus öffentlichen Kassen im Jahr 1995/96 rund 51% des Gesamtetats. Ein Jahr später stieg der öffentliche Anteil allerdings wieder leicht auf 51,5% des Gesamtetats an. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht diese Entwicklung.

Tabelle 1
Finanzierungsquellen staatlicher Hochschulen in den USA 1995/96³ und 1996/97⁴

	1995/1996	1996/1997	1995/1996	1996/1997
	in Mrd. \$	in Mrd. \$	in Prozent	in Prozent
Mittel des Bundesstaates	44,25	47,58	35,80	36,60
Mittel der Bundesregierung	13,67	14,30	11,10	11,00
Kommunale Mittel	5,07	5,07	4,10	3,90
Einkommen aus Dienstleistungen/ Produkten	27,40	28,86	22,20	22,20
davon aus Bildungsangeboten	3,53	n.b.	13,00	n.b.
...aus Serviceeinrichtungen für Studenten	11,60	n.b.	42,00	n.b.
...aus Hochschulklinika	12,28	n.b.	45,00	n.b.
Studiengebühren	23,26	24,70	18,80	19,00
Private Geldgeber	5,09	5,59	4,10	4,30
Einkommen aus Stiftungsvermögen	0,72	0,78	0,60	0,60
Sonstige	4,04	4,29	3,30	3,30
Gesamte Mittel (leichte Rundungsfehler)	123,50	130,00	100,00	100,00

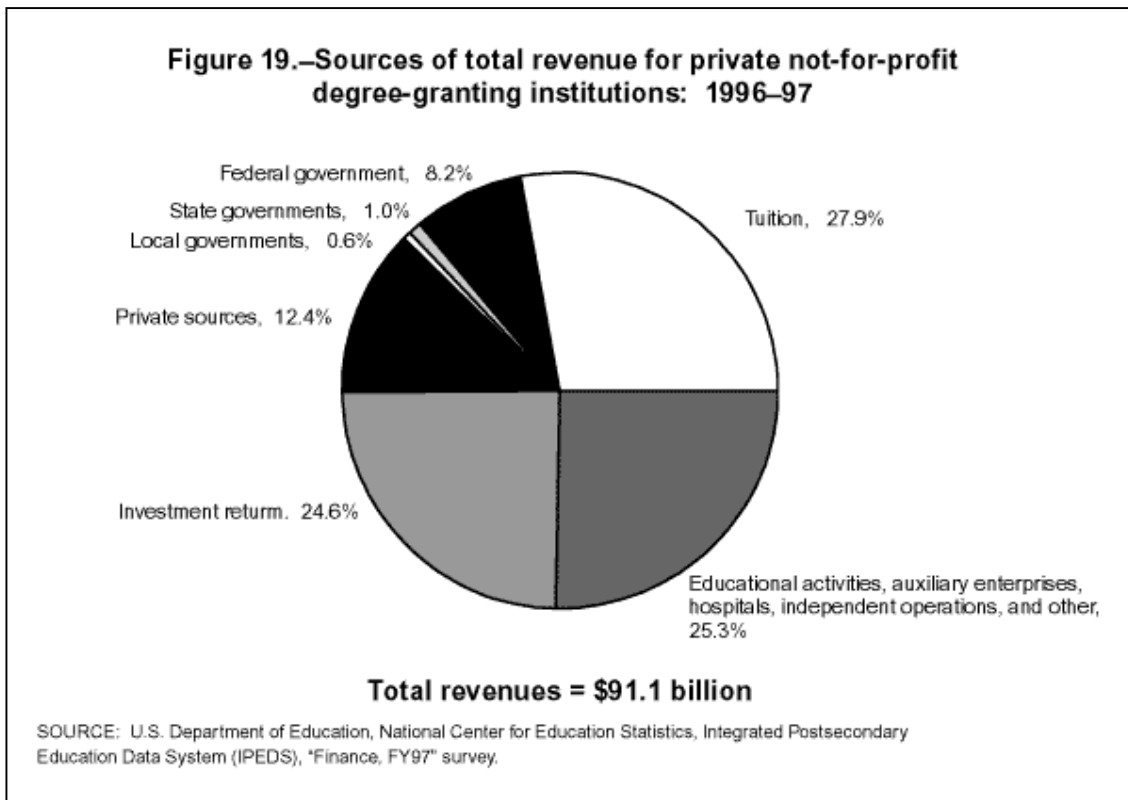
Bei den privaten Hochschulen in den USA ist der Anteil öffentlicher Mittel am Gesamtetat noch weitaus geringer. Die nachfolgende Grafik⁵ weist für die öffentlichen Zuwendungen (Federal government 8,2%, State government 1,0% und Local government 0,6%) nur 9,8% der Gesamtausgaben in Höhe von 91,1 Milliarden \$ aus.

3 Ebenda: National Center for Education Statistics, 2000, Digest of Education Statistics.

4 National Center for Education Statistics, 2001, Quelle: <http://nces.ed.gov/pubs2002/digest2001/ch3.asp#4> Figure18.gif (Eigene Berechnung)

5 Ebenda: figure19.gif

Tabelle 2



Dadurch spielt die Finanzierung durch Studiengebühren, privates Sponsoring und eigene wirtschaftliche Aktivitäten eine wesentlich größere Rolle als an staatlichen Hochschulen.

2.2. Der Report Losing Ground

Im Sommer des Jahres 2002 erschien eine Untersuchung des National Center for Public Policy and Higher Education mit dem Titel „Losing Ground: A National Status Report on the Affordability of American Higher Education.“⁶ Obwohl diese Studie in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen wurde, ist sie doch von hoher Brisanz. Denn dieser Studie zufolge können sich immer weniger US-Bürger eine höhere Bildung leisten: Die Kosten für College und Universität sind in den letzten Jahren deutlich stärker als die Einkommen gestiegen. Ein Collegeabschluss ist inzwischen “für viele Familien mit geringem Einkommen praktisch unbezahlbar geworden”, heißt es in der Studie. Für die ärmsten Familien hat sich der Prozentsatz ihres Einkommens, den sie für ein Jahr Collegeausbildung ausgeben müssen, verdoppelt. Er stieg von 13 auf 26 Prozent.

6 Losing Ground: A National Status Report on the Affordability of American Higher Education, ed. THE NATIONAL CENTER FOR PUBLIC POLICY AND HIGHER EDUCATION, University of California, Los Angeles 2002. Quelle: http://www.highereducation.org/reports/losing_ground/affordability_report_final.pdf.

Aber längst geraten auch wachsende Teile der Mittelschichten in den Sog der Verschuldung.

Tabelle 3

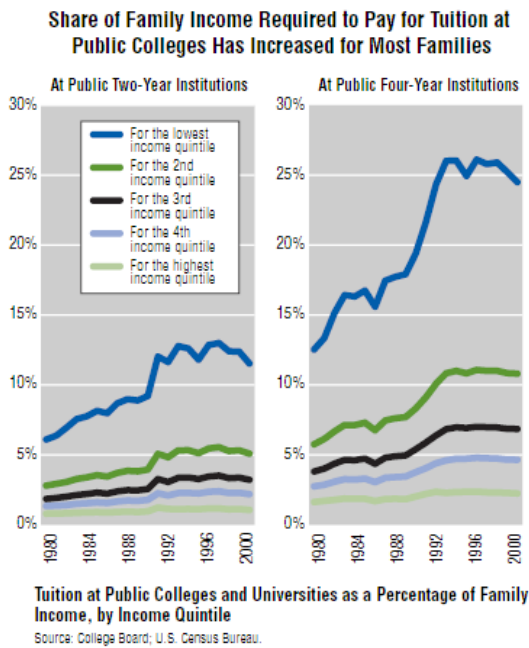
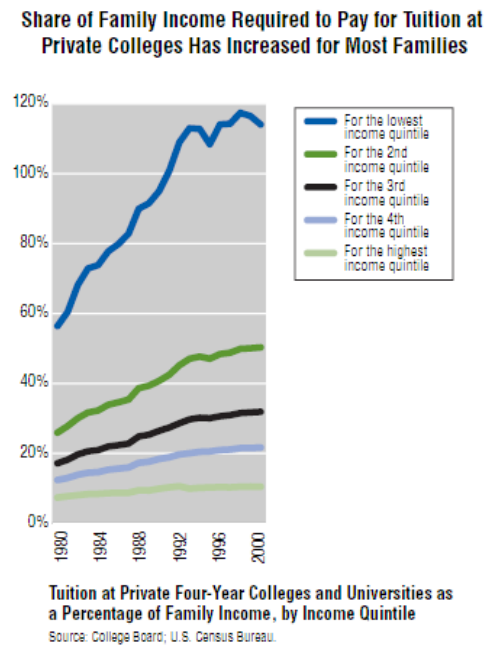


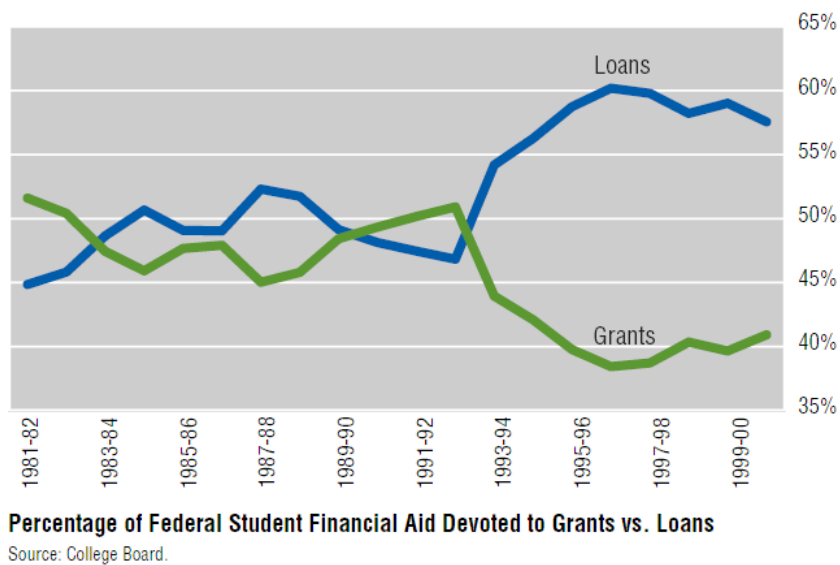
Tabelle 4⁷



Die nachfolgende Tabelle 5 zeigt, dass sich in den letzten zehn Jahren die staatlichen Finanzleistungen deutlich von Stipendien hin zu Darlehen verschoben haben.

Tabelle 5⁸

Federal Financial Aid Shifted from Grants to Loans in the Last Decade



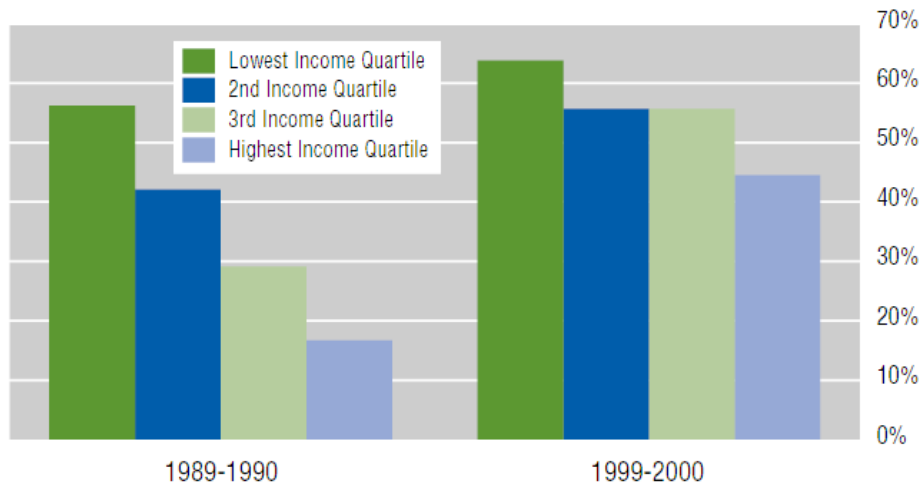
7 Ebenda: S. 5.

8 Ebenda: S. 7.

Tabelle 6 zeigt, dass der Anteil der Studierenden, die sich für Bildungsbeteiligung Geld leihen, gegenüber 1990 im unteren Einkommensviertel von etwa 57 auf 64 Prozent gestiegen ist. Selbst im oberen Einkommenssegment, das um 1990 „nur“ mit 17 Prozent zu Buche schlug, liegt der Anteil inzwischen bei etwa 45 Prozent.

Tabelle 6⁹

More Students at All Income Levels are Borrowing



Percentage of 4th and 5th Year Seniors at Public Four-Year Institutions Who Had Ever Borrowed, 1989 vs. 1999

Source: National Center for Education Statistics.

Vergleicht man nun die gestiegenen Studierendenanteile über die vier Einkommenssegmente hinweg, dann zeigt sich

- diejenigen mit den niedrigsten Einkommen waren schon um 1990 am meisten belastet;
- die beiden mittleren Einkommenssegmente (2nd, 3rd) haben inzwischen gleichgezogen;
- die höchsten Steigerungsraten jedoch, nämlich 27-28 Prozent, sind bei den beiden oberen Einkommenssegmenten (3rd, highest) zu verzeichnen.

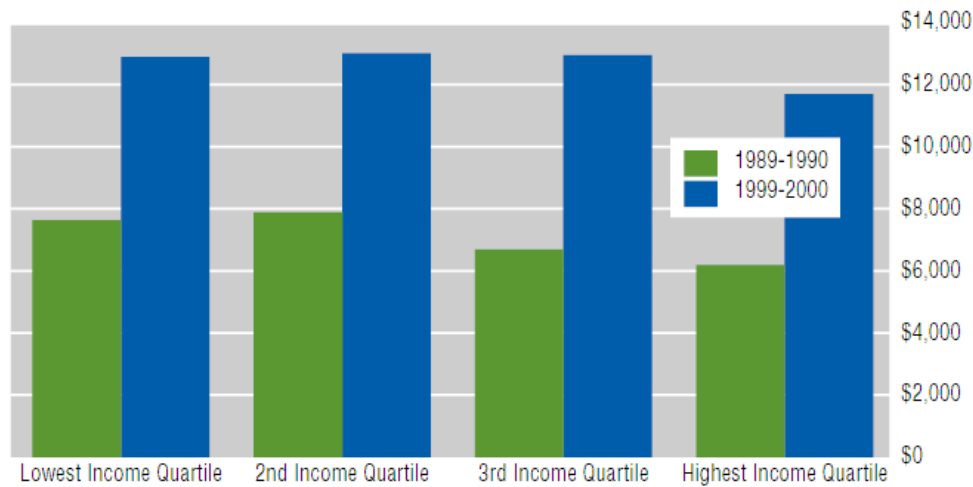
Tabelle 7 ergänzt diesen Befund. In den Jahren 1999/ 2000 liehen sich mehr Studierende aus allen Einkommenssegmenten erheblich höhere Summen als zehn Jahre zuvor:

- Im unteren Einkommenssegment ist der Durchschnittsbetrag von rund \$ 7.600 auf annähernd \$ 13.000 gestiegen, im oberen von etwa \$ 6.200 auf etwa \$ 11.800 jährlich.
- Die höchste Steigerungsrate, nämlich von etwa \$ 6.700 auf \$ 13.000 – also nahezu eine Verdoppelung der geliehenen Beträge –, ist im zweithöchsten Einkommenssegment zu verzeichnen.
- In allen betrachteten Einkommenssegmenten werden zwischen \$ 11.800 und 13.400 jährlich für Bildungsbeteiligung geliehen, gegenüber rund \$ 6-8.000 zehn Jahre zuvor.

9 Ebenda.

Tabelle 7¹⁰

Students at All Income Levels are Borrowing More



Average Cumulative Loan Amount Borrowed by 4th and 5th Year Seniors at Public Four-Year Institutions Who Had Ever Borrowed (in 1999 dollars)

Sources: National Center for Education Statistics; U.S. Department of Labor.

Zusammengefasst kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass zwischen 1990 und 2000

- die Erhöhungen der Studiengebühren dazu geführt haben, dass sich die meisten amerikanischen Familien College- und Universitätsbesuch heute in geringerem Maße leisten können;
- die Finanzhilfen der US-Administration und der einzelnen Bundesstaaten mit den Erhöhungen der Studiengebühren nicht Schritt gehalten haben;
- mehr Studierende und ihre Familien aus allen Einkommensschichten sich mehr Geld als jemals zuvor leihen, um die Collegegebühren bezahlen zu können;
- die größten Gebührensteigerungen für den Besuch öffentlicher Colleges in Zeiten harter Wirtschaftskrisen vorgenommen wurden;
- die staatlichen Finanzierungsbeihilfen für öffentliche höhere Bildung zwar gestiegen sind, die Gebühren jedoch stärker anstiegen.

2.2.1. College-Finanzierungsmodelle

Zur Finanzierung eines Collegebesuches existieren verschiedene Finanzierungsmodelle. Dazu zählt z.B. Coverdell Education Savings Account (ESA), ein zweckgebundenes Sparprogramm, das Banken und Versicherungsunternehmen in allen US-Bundesstaaten anbieten. Bis Juli 2001 hieß das Programm education individual retirement account (education IRA). Dies ist ein steuerbegünstigtes Bildungskonto, in das Eltern pro Kind jährlich maximal \$ 500 und seit neuestem sogar bis zu \$ 2.000 pro Kind einzahlen können, sofern deren Bruttoeinkommen nicht mehr als \$ 220.000 beträgt. Sie müssen auch selbst darüber entscheiden, wie die Mittel bewirtschaftet werden sollen – “in bonds, stocks, or mutual funds” – und tragen somit das alleinige Investitionsrisiko. Wird

10 Ebenda.

der begünstigte Schüler volljährig, kann er über das Konto verfügen. Werden von diesem Konto Beträge abgehoben, unterliegen diese bei Verwendung für Ausbildungszwecke nicht der Einkommensteuer. Bei geringen Familieneinkommen können Studienbeihilfen beantragt werden. Dazu müssen aber die mit dem Bildungskonto erwirtschafteten Beträge offen gelegt werden, und die staatlichen Finanzierungshilfen vermindern sich daraufhin nach einem bestimmten Satz.¹¹

„Durch Maßnahmen wie die Verlängerung der Einzahlungsfrist und Vervielfachung der maximalen Sparsumme expandiert das Volumen der in ‚Coverdell ESA‘ umbenannten Bildungskonten erheblich: Eltern können und sollen die Mittel ab sofort nicht nur für Collegegebühren in Anspruch nehmen, sondern auch für Kindergarten-, Primar- und Sekundarschulgebühren, für Schuluniformen, Schülertransport, den Kauf von Computersystemen, Unterrichtssoftware, Internetzugang, Lehrbüchern, für Unterbringung, akademische Tutoren, spezielle Dienstleistungen für behinderte Kinder .. (u.a., d.V.). Sofern nicht dieselben Aufwendungen damit getätigt werden, kann Coverdell neuerdings zusätzlich zum ‚Hope or Lifetime college tuition credit‘ verwendet werden – einem staatlichen Kreditprogramm für Collegegebühren.“¹²

2.2.2. Die Bildungskontenprogramme

Die Ausweitung des Bildungskontenprogramms hatte für die republikanischen Kongressabgeordneten in den vergangenen Jahren oberste Priorität. Das steuerbegünstigte Programm ist Teil der strategischen Maßnahmen zur Durchsetzung von school choice – des Elternrechts auf freie Schulwahl –, eines der zentralen Instrumente für die neoliberalistische Transformation des Bildungsbereichs.

„Die US-Administration unter Reagan (1981-89) und Bush Sr. (1989-93) trieb sie als Teil des Maßnahmenpakets zur Privatisierung seinerzeit bereits kräftig voran, und Bush Jr. folgt darin heute mit allem Nachdruck. Die meisten demokratischen Kongreßabgeordneten haben sich zwar gegen die Ausdehnung der Bildungskonten auf den Primar- und Sekundarschulbereich mit der Begründung gewehrt, daß dies die Privatisierungsmaßnahmen landesweit befördert und die öffentlichen Bildungssysteme unterminiert. Die zwischenzeitliche Verdoppelung der individuell zu tragenden Kosten für Bildung und Ausbildung hat allerdings auch die Demokratische Partei, die ja von 1993 bis Januar 2001 den US-Präsidenten stellte, nicht verhindert.

Wie sich zeigt, reicht der Wunsch nach Erhalt öffentlicher Einrichtungen für sich genommen auch überhaupt nicht hin. Denn in den USA sind auch öffentliche Bildungseinrichtungen gebührenpflichtig ... und in den letzten zehn Jahren sind die Gebühren dort

11 Quelle: http://www.highereducation.org/reports/losing_ground/ar7.shtml; vgl. auch USSteuerbehörde 2002, zit. nach: Lohmann, Ingrid ... (Fußnote 13).

12 Lohmann, Ingrid, Bildung – Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des General Agreement on Trade in Services (GATS) auf den Bildungsbereich, 22. GEW-Sommerschule: Bildung – Ware oder öffentliches Gut? Über die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft. 25.-31. August 2002, Akademie am Meer, Klappholtal, S. 5. Quelle: <http://213.198.62.63/sommerschule/texte/lohmann.pdf>.

deutlich höher gestiegen als für die Privatinstitute, wo sie ohnehin schon ein sehr hohes Niveau hatten.“¹³

Auf die zum Teil erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen US-Bundesstaaten kann hier nicht weiter eingegangen werden; es wird aber deutlich, dass von Fall zu Fall mit regionalen Unterschieden zu rechnen ist.

„Dessen ungeachtet – so das Ergebnis der Studie – bestimmen verringerte Bildungsbe- teiligung unterer Bevölkerungsschichten, ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich in puncto Bildungszugang, wachsende Verschuldung aller untersuchten Einkommenssegmente und neuerdings die deutliche Verschlechterung der Lage großer Teile der Mittelschichten das Gesamtbild. Für die Diskussionen über die Zukunft der Bildungsfinanzierung wäre daher eine eingehendere Rezeption der Studie zweifellos auch diesseits des Atlantiks äußerst lehrreich.“¹⁴

2.3. Die Studiensituation in den USA

Die Studiengebühren an amerikanischen Universitäten liegen derzeit bei durchschnittlich 3500 Dollar pro Jahr an einer staatlichen Hochschule und 15000 Dollar im Jahr an einer Privatuniversität. An den Eliteuniversitäten wie Princeton und Harvard beträgt die Studiengebühr durchschnittlich 25000 Dollar jährlich. Hinzu kommen Unterkunft und Verpflegung im Studentenwohnheim, die oftmals obligatorisch sind und von der Uni- versität monatlich abgerechnet werden. Susanne Ostwald schildert in einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung, welche Entwicklungen daraus an den amerikanischen Hoch- schulen entstehen.

„Die juristische Fakultät der Universität von Yale - nicht eine ihrer kostenintensivsten - macht eine Gesamtrechnung von jährlich 42000 Dollar auf. Um diesen enormen Kosten zu begegnen, steht ein staatlicher Topf von nahezu 60 Milliarden Dollar bereit; eine Summe, die sich aus unterschiedlichen Finanzierungshilfen für bedürftige Familien zusammensetzt und in erster Linie aus zinsgünstigen Studienkrediten besteht. 70 Pro- zent aller Studenten in den USA nehmen diese Finanzierungsangebote in Anspruch. In jüngster Zeit jedoch ist die Hochschulförderung stark in die Kritik geraten, denn immer häufiger profitieren von ihr auch Studenten, die dank ihrer familiären Finanzsituation nicht auf zusätzliche Hilfe angewiesen wären - ein Umstand, der die öffentliche Auf- merksamkeit verstärkt auf die vielfältigen Vorteile gelenkt hat, die Kinder wohlhaben- der Eltern auf ihrem Weg in die Universitäten haben.“¹⁵

13 Ebenda: S. 6f.

14 Ebenda: S. 8.

15 Ostwald, Susanne, Schauplatz USA: Ohne Preis kein Fleiss - Sorgen mit explodierenden Studienge- bühren in Amerika, NZZ Online vom 29. Oktober 2001. Quelle: <http://www.nzz.ch/2001/10/29/ fe/page-article7GS1H.html>.

2.3.1. Steiler Kostenanstieg

In den USA wird ein Universitätsstudium als Investition betrachtet. Die Studienfinanzierung, zumindest die Unterstützung eines Studium ist vor allem Aufgabe der Familie. Deshalb stellen die rasant steigenden Studiengebühren für viele Familien ein ernstes Problem dar (in den letzten zehn Jahren sind die Kosten für den Besuch staatlicher Colleges um 79 Prozent gestiegen, die Durchschnittseinkommen jedoch nur um 38 Prozent und die Verbraucherpreise nur um 27 Prozent). Zu den Gründen und Auswirkungen dieser Entwicklung wird von Susanne Ostwald angemerkt:

„Die Gründe für den außergewöhnlichen Anstieg der Studiengebühren liegen insbesondere in steigenden Kosten für moderne Lehrinrichtungen und zusätzliche Personalausgaben. Beides betrifft in besonderem Masse naturwissenschaftlich- technische Studienfächer, die eine moderne, teure Ausrüstung erfordern und deren Lehrkräfte die höchsten Gehälter beziehen - was nicht zuletzt damit gerechtfertigt wird, dass ihre Absolventen später zu den am besten verdienenden Akademikern zählen werden. Die Universität von Harvard erklärt, dass sie im Blick auf diese Berufsperspektiven Finanzhilfe zum größten Teil nur auf Kreditbasis gewährt. Hinzu kommt, dass Ehemalige, die sogenannten Alumni, ihr ganzes weiteres Leben mit Bittbriefen, denen sich kaum jemand verweigern mag, um Spenden ersucht werden. Im Gegenzug werden Universitätsgebäude nach ihren Wohltätern benannt - oder deren Nachkommen mit größerem Entgegenkommen bei der Zulassung belohnt.“¹⁶

In diesem Zusammenhang sind bei der Vergabe von Studienplätzen z.T. sehr bedenkliche Praktiken deutlich geworden:

„Die University of Virginia musste nach einem Bericht in ihrer Studentenzeitung „The Cavalier Daily“ zugeben, dass sie Bewerber auch unter dem Aspekt des Spendepotenzials ihrer Eltern beurteilt. In geheimen internen Mitteilungen wurden Namen wünschenswerter Studienanfänger genannt, etwa der des Boeing-Erben. Auch andere Hochschulen haben zugegeben, dass sie in Fällen, wo sie **zwischen zwei gleich Begabten** entscheiden müssen, das **Spendepotenzial der Eltern als Kriterium** (Hervorhebung durch den Verfasser) heranziehen. Die Zulassungsstelle der Universität von Yale erklärte kürzlich, sie habe so viele hervorragende Bewerber, dass sie für jeden Studienplatz zwischen zwei gleich gut Qualifizierten entscheiden müsse. In solchen Situationen können Universitäten leistungsfremde Kriterien wie den Reichtum der Eltern zum Zuge kommen lassen.“¹⁷

2.3.2. Kampf um Begabte

Ebenfalls problematische Tendenzen sind an den vergleichsweise günstigen Universitäten zu registrieren. Sie haben ihre Studiengebühren am stärksten erhöht, zum Teil bis

16 Ebenda.

17 Ebenda.

zu zehn Prozent innerhalb eines Jahres. Hier spielt der Wettstreit zwischen den Universitäten eine wesentliche Rolle:

„Um ihr Prestige zu verbessern und einen **höheren Platz im Universitäts-Ranking** zu erlangen, werden die **besten Schulabgänger umworben** - und zwar immer häufiger **mit direkten Geldofferten**. (Hervorhebung durch den Verfasser) Universitäten versuchen sich gegenseitig mit Stipendiumsangeboten zu übertrumpfen, um die besten Schüler an ihre Institute zu holen. Ron Ehrenberg von der Eliteuniversität Cornell und Autor des Buches *Tuition Rising: Why College Costs So Much* sagte: „Studenten könnten versucht sein, zu einer zweitrangigen Universität zu gehen, allein weil diese mehr Geld bietet.“¹⁸

Die Auswirkungen dieses Konkurrenzkampfes führen z.T. dazu, dass die angebotenen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen in ihr Gegenteil verkehrt werden:

„**Dieses Geld** - bis zu 25 000 Dollar pro Jahr - **wird zunehmend auch Studenten angeboten, für deren Eltern der Hochschulbesuch ihrer Kinder keine finanziellen Probleme aufwirft**. (Hervorhebung durch den Verfasser) Der Sinn finanzieller Hilfen, begabten und gleichzeitig bedürftigen Studenten den Hochschulbesuch zu ermöglichen, wird mit dieser Entwicklung ausgehöhlt. Gewichte haben sich verschoben. Bekamen Begabte, die bedürftig sind, 1991 noch 79 Prozent der gesamten Fördermittel, so erhielten sie im Jahr 2000 nur noch 58 Prozent. Der wachsende Anteil fließt Begabten ganz unabhängig von ihrer Bedürftigkeit zu. Dieser Umstand wird auch von vielen Professoren beklagt. Ehrenberg sagt, die Verlierer dieser Entwicklung seien die Kinder einkommensschwacher Familien sowie jene, die gut seien, aber nicht zu den Besten ihrer Klasse zählten. Und nicht zuletzt auch jene, die weniger Informationen über die Spielregeln besäßen.“¹⁹

2.3.3. Eignungsprüfungen und private Universitätsberatung

Die private Universitätsberatung stellt in den USA eine wichtige Wachstumsbranche dar, weil das bedeutendste Zulassungskriterium der Universitäten eine landesweit standardisierte Eignungsprüfung, der sogenannte School Aptitude Test (SAT), ist, der am Ende der Highschool abgelegt wird.

„Um ihren Kindern ein möglichst gutes Resultat zu ermöglichen, geben amerikanische Eltern jährlich 250 Millionen Dollar für SAT-Vorbereitungskurse aus - womit sie, wie Samuel G. Freedman in „USA Today“ schreibt, einen der Hauptgründe unterlaufen, weswegen diese Tests überhaupt eingeführt wurden: um die Dominanz der Geldelite an

18 Ebenda

19 Ebenda.

den Universitäten zu brechen und mehr Unterprivilegierten auf Grund ihrer Leistung den Zugang zu ermöglichen.“²⁰

In diesem Zusammenhang ist der folgende Hinweis beachtenswert:

„Die steigenden Studiengebühren sind bereits zum Thema einer Untersuchungskommission in Washington geworden. Die National Commission on the Cost of Higher Education warnte in einem 1998 vorgelegten Bericht vor einer „Erosion des öffentlichen Vertrauens“ in das Hochschulwesen, wenn die Ausbildungskosten in gleichem Maße weiter anstiegen. Die Zeitung „The Philadelphia Inquirer“ rechnete hoch, sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, dann betrügen die Studiengebühren für die 1998 geborenen Kinder dereinst rund 250 000 Dollar an einer der amerikanischen Top-Universitäten.“²¹

2.4. Fazit

Martina Bätzel stellt fest, dass zwar prinzipiell eine Chancengerechtigkeit im US-Hochschulsystem besteht, da besonders begabten Studienbewerbern viele Möglichkeiten einer hochwertigen Ausbildung offenstehen, auch wenn sie aus sozial schwachen Verhältnissen stammen. Dafür sorgt der Wettbewerb der Hochschulen um besonders qualifizierte Studierende.

„Als problematisch gelten aber die Chancen von durchschnittlich begabten Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien. Diesen bleiben oft nur die weniger anspruchsvollen und deshalb preisgünstigen Studienangebote der Community Colleges. Aber auch Mittelklassefamilien kann die Studienfinanzierung vor erhebliche Probleme stellen, insbesondere wenn mehrere Kinder studieren, da sie nur mit geringen staatlichen Fördermitteln rechnen können. Auf diese Weise schreibt das amerikanische Hochschulsystem die bestehende Einkommens- und Vermögensverteilung eher fort. (...)“

Die Autorin fasst das Ergebnis ihrer kritischen Analyse wie folgt zusammen:

„Insgesamt ist für das Finanzierungssystem zu konstatieren, daß an Universitäten mit besonders hohen Studiengebühren gleichzeitig auch eine besonders hohe Subventionierung der Studierenden stattfindet, da die dort für die Lehre aufgewendeten Mittel um ein Vielfaches über den Vergleichszahlen von preisgünstigeren Hochschulen liegen. Wer sich eine teure Hochschule leisten kann und will, wird also stärker subventioniert als diejenigen, die weniger Geld für Hochschulbildung aufbringen können oder wollen. Dies ist insofern kritisch zu sehen, als sich in teuren Hochschulen signifikant mehr

20 Ebenda. Vgl. dazu: „Katherine Cohen ist Direktorin eines der exklusivsten Beratungsunternehmen namens „IvyWise“. Sie saß ehemals im Zulassungskomitee der Universität von Yale und knackte dort, wie sie sagt, das Geheimnis für eine erfolgreiche Studienbewerbung. Für die Summe von 28995 Dollar bietet sie ein Kompletprogramm an, das aus 24 Sitzungen sowie einer Stunde pro Woche Telefonberatung besteht; für das kommende Jahr ist sie bereits ausgebucht. Sie trainiert ihre Schützlinge für den Test, verschafft Praktika, um Lebensläufe aufzubessern, und hilft beim Verfassen des für die Zulassung zur Universität wichtigen persönlichen Essays. Viele Universitäten sind inzwischen der Ansicht, Berater wie Cohen verschafften reichen Bewerbern einen unfairen Vorteil (...)“ Ebenda.

21 Ebenda.

Studierende aus einkommensstärkeren Schichten befinden. Allerdings stammt die verstärkte Subventionierung dieser Studierenden nicht aus Staatsmitteln - zumindest, wenn man die Forschungsförderung unberücksichtigt läßt -, sondern im wesentlichen aus Spenden und Stiftungserträgen dieser Hochschulen, und kann deshalb als Unterstützung der zukünftigen Elite durch die gegenwärtige Elite verstanden werden.²²

Auch Bernhard Nagel kommt insgesamt zu einer eher negativen Einschätzung des US-Hochschulsystems.

„Nachteilig für die Armen ist, dass sie nicht genügend verdienen, um in den Genuss der Abzugsfähigkeit bzw. des Kredits zu kommen. Auch die Programme vieler Bundesstaaten beseitigen die finanziellen Nachteile für die Armen nicht.“²³

Und weiter führt er aus: „Wo gehen die Studierenden aus der Schicht der niedrigen Einkommen hin? Sie besuchen die relativ preiswerten Community Colleges. Der Anteil, der dorthin geht, stieg von 45,9% im Jahre 1980 auf 47,3% im Jahre 1994. Der entsprechende Anteil der reichsten Studienanfänger fiel im selben Zeitraum von 14,5% auf 8,6%. Auch in den anderen Einkommensschichten fiel der Anteil. Zu beachten ist, dass bei dieser Untersuchung, die im Jahre 1994 endet, die erheblichen Steigerungen der Studiengebühren in den letzten Jahren noch nicht berücksichtigt sind. Im Ergebnis werden trotz des viel gerühmten Stipendienwesens in den USA mehr und mehr Studierende aus weniger begüterten Familien aus finanziellen Gründen in die Community Colleges abgedrängt, während die Reichen in den Private Universities überwiegen. Gleichzeitig steigt die Verschuldung aller Studierenden an.“²⁴

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass einerseits die Studierenden aus der Schicht der niedrigen Einkommen zunehmend an den Community Colleges studieren, andererseits die Mittelklassestudenten dort wegbleiben und in die öffentlichen 4-Jahres-Angebote gehen. Dass auch die Reichen zunehmend an die Private und State Universities gehen, wird mit der wachsenden Bedeutung des „Markenzeichens“ erklärt, das eine Universität hat. Nagel weist in diesem Zusammenhang auf die wichtige Funktion der Hochschulen für das Nachwachsen der US-Elite hin und schließt mit der Bemerkung:

„Da es in den USA keine Berufsausbildung gibt, die der in Deutschland und Österreich vergleichbar wäre, kann man etwas vergrößernd sagen, dass dort die armen High-School-Absolventen zunehmend in den Teil des Hochschulsystems abgedrängt werden, der von den Berufsaussichten her gesehen am ungünstigsten positioniert ist. Demgegenüber sind die Spitzen- und ‚Markenzeichen‘-Universitäten für die Reichsten und Qualifiziertesten reserviert, eine Mischung aus meritokratischer und plutokratischer Auswahl für die Ausbildung zu den Berufen mit den guten Einkommensperspektiven.“²⁵

22 Bätzel, a.a.O.: S. 245ff.

23 Nagel, a.a.O.: S. 50.

24 Ebenda: S. 51.

25 Ebenda: S. 52.

Als problematisch muss auch die Tatsache angesehen werden, dass nach einer solchen Hochschulausbildung bei den Absolventen wenig Neigung bestehen wird, Positionen in der staatlichen Administration einzunehmen. Die hohen Verbindlichkeiten, die z.B. am Ende eines juristischen Studiums aufgelaufen sind, lassen sich mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht vereinbaren. Zur Rückzahlung der aufgenommenen Kredite sind da die Verdienstmöglichkeiten in großen Anwaltskanzleien wesentlich besser geeignet. Das Fehlen qualifizierten Personals kann so aber mittel- und langfristig auch zu einem Qualitäts- und Handlungsproblem der staatlichen Administration werden.

3. Das australische Hochschulsystem

Das australische Hochschulsystem ist im Wesentlichen ein staatliches System. Bis vor etwa zehn Jahren existierte eine dem deutschen Hochschulsystem ähnliche Differenzierung nach Universitäten und Fachhochschulen. Erhebliche Umwälzungen in der Hochschulpolitik führten jedoch zu einer Vereinheitlichung des Systems. Derzeit besteht der Hochschulbereich aus 43 Institutionen mit insgesamt etwa 896.000 Studierenden (im Jahr 2002). Davon sind zwei private Universitäten, die staatlich nicht gefördert werden. Daneben existieren eine Reihe von privaten Institutionen, die nur ein eng begrenztes Spektrum von Kursen anbieten und z.T. von den staatlichen Universitäten mit der Bereitstellung einzelner Bildungsangebote beauftragt werden.

Die Hochschulgesetzgebung unterliegt den Bundesstaaten respektive Territorien; allerdings wird diese föderalistische „Kulturhoheit“ dadurch eingeschränkt, dass die Finanzierung der Hochschulen durch die Bundesregierung erfolgt.

Die interne Organisationsstruktur der Hochschulen orientiert sich zunehmend am Vorbild des Wirtschaftsunternehmens. Dabei ist oft eine duale Struktur aus akademischen Gremien einerseits und einem Management unter Führung eines Board of Governors oder Council andererseits festzustellen. Über die Ausgestaltung des Lehrangebots und der Forschung entscheiden die Hochschulen im Rahmen der bestehenden Hochschulgesetze grundsätzlich selbst. Die Bundesregierung kann allerdings über die Finanzierung erheblich Einfluß nehmen.

Die Bewerbung und Zulassung zum Studium erfolgt in jedem Bundesstaat jeweils über eine Zentralstelle, die der deutschen ZVS ähnelt. Zwar können Studienbewerber eine Rangfolge der gewünschten Universitäten und Studiengänge angeben, die tatsächliche Auswahl nehmen die einzelnen Hochschulen selbst vor, indem sie für ihre Studienangebote Mindestanforderungen in Form von Noten im High School Certificate festlegen. Aber auch die Erfüllung dieser Mindestanforderungen stellt keine Garantie auf den gewünschten Studienplatz dar, wenn die Nachfrage die Kapazität überschreitet. Dann erfolgt eine weitere Auswahl durch die Hochschule anhand der über die Zentralstelle eingereichten Bewerbungsunterlagen. Teilweise orientiert sich die Auswahl auch an einer speziellen Beurteilung der zuvor besuchten Schule.

Die staatliche Hochschulfinanzierung umfasst die laufenden Ausgaben und Investitionskosten der staatlichen Hochschulen für die Lehre, Mittel zur Unterstützung der Studierenden sowie die Mittel zur Forschungsförderung.

Die staatliche Finanzierungsbeteiligung an den lehrbezogenen Ausgaben wird in einem Verhandlungsprozeß zwischen der Regierung und der einzelnen Hochschule festgelegt und das Studienangebot in einer Zielvereinbarung definiert.²⁶

26 Vergl.: Bätzel, a.a.O.: S. 250ff.

„Der Staat versteht sich als Kunde der Hochschulen, der für die Bereitstellung von Dienstleistungen bezahlt. Die staatlichen Finanzmittel werden jeder Hochschule in einer Summe (single block operating grant) zugewiesen, über deren Verwendung im Detail sie frei entscheiden kann. Zur Finanzautonomie der Hochschulen gehört auch die Personalhoheit. Die Hochschulen werden darüber hinaus ermutigt, mit der Vermarktung von weiteren Dienstleistungen zusätzliche Einnahmen zu erzielen und so das Aufgabenspektrum von Forschung und Lehre um die Komponente Service zu erweitern.

Es steht den Hochschulen außerdem frei, über die durch staatliche Zuschüsse finanzierten Kapazitäten hinaus weitere Studienplätze mit kostendeckenden Gebühren anzubieten. Im Jahr 1997 wurden die Universitäten nur noch zu 54 % durch die staatlichen Zuschüsse finanziert.“²⁷

3.1. Das australische Higher Education Contribution Scheme

Das australische Higher Education Contribution Scheme (HECS) wurde im Jahr 1989 eingeführt. Zunächst wurden für alle Studierenden einheitliche Gebühren von 1.800 A\$ pro Jahr erhoben, die etwa 20 % der Durchschnittskosten eines Studienplatzes deckten. Die Gebühren wurden seitdem angehoben und nach drei Fächerkategorien differenziert: Im Studienjahr 2000 betrug die für alle staatlichen Hochschulen einheitliche Gebühr für Studiengänge wie Kunst, Philologie, Sozialwissenschaften und Pädagogik 3.463 A\$, für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Agrarwissenschaften, Architektur, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften 4.779 A\$ und für Jura und Medizin 5.593 A\$

Die Gebührendifferenzierung soll einerseits den Kosten der Studiengänge und andererseits den Einkommenserwartungen der Absolventen Rechnung tragen. Teilzeitstudien werden berücksichtigt, indem die normale Vollzeitstudienbelastung auf die tatsächlich belegten Studieneinheiten umgerechnet wird. Die staatlichen Zuschüsse deckten 1997 66% der durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes, die HECS-Zahlungen entsprechend 34 %. Differenziert man nach Studienfächern, reichte die Kostendeckung durch Gebühren von 28 % für Agrarwissenschaften über etwa 33 % für Medizin, Informatik, Natur- oder Ingenieurwissenschaften und etwa 50 % für Architektur, Kunst oder Philologie bis zu 75 % für Wirtschaftswissenschaften und 88 % für Jura.

Die Besonderheit des Systems liegt in der Möglichkeit der nachträglichen Finanzierung. Es werden zwar auch 25 % Nachlaß gewährt, wenn die Gebühren im Voraus bezahlt werden, aber die meisten inländischen Studierenden nutzen die Möglichkeit, die Gebühren zunächst über einen staatlichen Treuhandfonds vorfinanzieren zu lassen und das gewährte Studiendarlehen nach Ende des Studiums zurückzuzahlen.

27 Bätzel, a.a.O.: S. 253.

Die Tilgung des lediglich mit der Inflationsrate indexierten Darlehens erfolgt in Abhängigkeit vom zu versteuernden Einkommen der ehemaligen Studierenden. Die Tilgungsverpflichtung war zunächst an das Überschreiten des australischen Durchschnittseinkommens aus nichtselbstständiger Arbeit geknüpft. Inzwischen wurde die Einkommensgrenze abgesenkt, so dass die Tilgungsverpflichtung schon ab einem Einkommen von derzeit 21.984 A\$ pro Jahr einsetzt. Der Tilgungssatz ist progressiv gestaffelt und beträgt zwischen drei bis sechs Prozent des zu versteuernden Einkommens. Auf freiwillige Tilgungen erhält der Darlehensnehmer einen Nachlaß von 15 %. Die Tilgungszahlungen sind nicht steuerabzugsfähig und fließen an den Darlehensfonds zurück. Solange die Rückflüsse nicht zur Deckung der neuen Darlehen ausreichen, trägt die Defizite der Staat. Die Gebühren fließen in vollem Umfang, also ohne Abschlag für Vorauszahlungen, den Hochschulen zu.²⁸

„Nach einer Schätzung von 1993 werden durchschnittliche Absolventen im Alter von etwa 37 Jahren ihre Studiendarlehen vollständig getilgt haben, wobei Männer aufgrund des i.d.R. höheren Einkommens und höherer Beschäftigungsquote ihre Darlehen durchschnittlich 6 Jahre früher getilgt haben werden als Frauen. Nur 7 % der männlichen, aber 33 % der weiblichen ehemaligen Studierenden zahlen ihr Darlehen bis zum Rentenalter von 65 Jahren nicht vollständig - jedoch größtenteils - zurück. Diese Ausfälle von insgesamt 4 % der Darlehenssumme bei Männern und 23 % der Darlehenssumme bei Frauen werden durch den Staat getragen.“²⁹

3.2. Das Youth Allowance- und Austudy-Stipendium

Zur Finanzierung des Lebensunterhalts können Studierende in Abhängigkeit von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bzw. der ihrer Eltern staatliche Fördermittel in Anspruch nehmen. Youth Allowance wird nicht nur Studierenden, sondern auch Schülern der oberen Klassen sowie arbeitslosen Jugendlichen als Unterstützung bis zum 25. Lebensjahr gewährt. Älteren Studierenden steht Austudy-Unterstützung zu, wenn ihr Lebensunterhalt nicht auf andere Weise gewährleistet werden kann.

„Ein Teil des Youth Allowance- oder Austudy-Stipendiums kann statt als Stipendium wahlweise als Darlehen beansprucht werden und wird dann in doppelter Höhe ausgezahlt. Die Rückzahlung dieses Darlehens erfolgt analog zu HECS, wobei die Tilgungsraten für HECS sowie für das Darlehen zum Lebensunterhalt kumuliert werden. Es sind dann bei Überschreiten der Einkommensfreigrenze also sechs bis zwölf Prozent des zu versteuernden Einkommens zur Tilgung zu verwenden.“³⁰

28 Vergl. ebenda: S. 253ff.

29 Ebenda: S. 256.

30 Ebenda: S. 257.

3.3. Das Studium

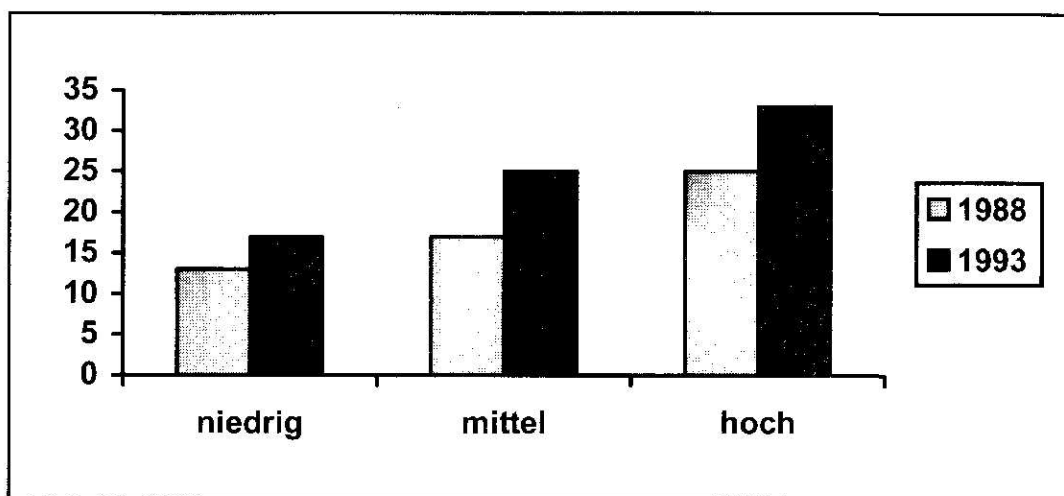
In Australien erfolgt der Übergang in den tertiären Sektor im Allgemeinen im Alter von 18 Jahren. Ein Vollzeitstudium führt nach drei Jahren zum ersten Abschluß, dem Bachelor. Die australische Bildungsstatistik weist aus, dass die Bildungsbeteiligung der für die Hochschulen besonders relevanten Altersjahrgänge zwischen 1985 und 1997 deutlich angestiegen sind. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung.³¹

Tabelle 8
Bildungsbeteiligung im Hochschulsektor Australiens 1985 bis 1997 (in %)

Alter	1985	1990	1995	1996	1997
18	14,7	19,7	22,2	23,3	23,6
19	15,5	20,6	23,8	24,8	25,8
20-24	9,1	11,0	13,6	14,3	15,0

„Die Daten zeigen, daß sich die Bildungsbeteiligung im Hochschulsektor weder durch die Einführung von HECS noch durch die Verschärfung der Konditionen (höhere Gebühren, niedrigere Einkommensgrenze für die Rückzahlung) verringert hat, sondern im Gegenteil angestiegen ist. Die Bildungsbeteiligungsraten verschiedener sozialer Schichten sind zwar auch in Australien unterschiedlich; die relative Position von Studierenden niedrigerer sozialer Herkunft hat sich durch HECS aber zumindest nicht verschlechtert.“³²

Tabelle 9
Familiärer Wohlstand und Hochschulbeteiligung (in %)



31 Vergl. ebenda: S. 259.

32 Ebenda.

Sozialspezifische Abschreckungseffekte der neuen Gebührenregelung sind nach Ansicht der Untersuchung von Martina Bätzel also nicht erkennbar. Dies schließt sie aus australischen Befragungen zur Studienmotivation respektive zu den Gründen für einen Studienverzicht.

„Unter 17 Gründen, die potentiell der Aufnahme eines Studiums im Wege stehen, wurde HECS, also die Belastung mit Gebühren erst an 13. Stelle genannt. Lediglich Jugendliche aus Familien mit nur einem Elternteil oder aus sozial schwachen Familien in ländlichen Gebieten sowie ältere Studienbewerber mit eigenen Kindern zeigen eine etwas stärkere negative Reaktion auf HECS. Auch von diesen Gruppen werden aber andere Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen ein Studium als gravierender eingestuft, etwa die Schulabschlußnoten, der Wunsch, früher ein eigenes Einkommen zu erzielen oder der für ein Studium notwendige Ortswechsel. Als zusätzliche Maßnahme zur Förderung der Studienbeteiligung potentiell benachteiligter Gruppen vergibt der Commonwealth jährlich 4000 Stipendien, d.h. Befreiungen von HECS-Zahlungen, auf der Basis besonderer Studienleistungen.“³³

3.4. Bewertung des australischen Studien- und Stipendienmodells

Martina Bätzel stellt zusammenfassend fest, dass zwar die Marktorientierung des australischen Hochschulsystems gering ist, weil private Hochschulen kaum oder gar nicht existieren, gleichzeitig aber auch versucht wird, die Beziehungen zwischen Staat und Hochschulen wettbewerblich zu gestalten, indem der australische Staat selbst als Kunde gegenüber den Hochschulen auftritt. Dabei ist die Finanzierung an Zielvereinbarungen geknüpft und zusätzlich werden finanzielle Anreize für eine regelmäßige Evaluierung und ständige Qualitätsverbesserung der Studienprogramme gesetzt.

Des Weiteren stellt sie klar:

„Die Studiengebühren in Australien sind .. echte Gebühren, die zentral von der Regierung und einheitlich für alle öffentlichen Hochschulen fixiert werden und damit verfälschte Preissignale aussenden. Mit der erfolgten groben Differenzierung nach Fächerkategorien ist allerdings ein erster Schritt zu Preisen statt Gebühren unternommen worden. ...

Die Hochschulen sind außerdem dazu angehalten, als **Anbieter von wissenschaftlichen Dienstleistungen auf den Markt** zu treten und **zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften** (Hervorhebungen durch den Verfasser). Forschungsmittel werden im wesentlichen im Wettbewerb zwischen den Hochschulen vergeben. Die Organisationsstrukturen der Hochschulen sowie die weitgehende Entscheidungsfreiheit im Rahmen der mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen ermöglichen den Hochschulen ein Auftreten als Marktteilnehmer.“³⁴

33 Ebenda: S. 259-261.

34 Ebenda: S. 262.

Die Autorin stellt fest, dass die Einführung von HECS in Australien weniger auf ordnungspolitischen Überlegungen, sondern vielmehr auf der akuten Anspannung der Finanzlage der australischen Bundesregierung bei gleichzeitigem Anstieg der Nachfrage nach höherer Bildung in den 1980er Jahren beruhte. Dabei sieht sie die Darlehenssysteme zur Refinanzierung der Studiengebühren aufgrund der einkommensabhängigen Tilgung prinzipiell als geeignet an, den Ausschluß von Nachfragern aufgrund von Liquiditätsmangel weitgehend zu verhindern.

Positiv merkt die Autorin auch an, dass im australischen System auf eine direkte reale Verzinsung der Rückzahlungen verzichtet wird. Sie räumt allerdings ein, dass der zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten eingeführte **Nachlaß bei Vorauszahlung der Gebühren als implizite Verzinsung des Darlehens** (Hervorhebung durch den Verfasser) angesehen werden kann. Ein weiteres Manko erkennt sie in der unflexiblen Handhabung der Rückzahlungsmodalitäten:

„Die HECS-Tilgungsraten setzen .. bei Überschreiten der Freigrenze um nur einen Dollar sofort in erheblicher Höhe ein und steigen in von Sprüngen unterbrochener Reihe an. An den kritischen Einkommengrenzen führt also eine geringfügige Erhöhung des zu versteuernden Einkommens vor HECS zu einer spürbaren Reduktion des verfügbaren Einkommens.“³⁵

Insgesamt hält die Autorin die gesetzten Ziele, nämlich die rein staatliche Studienfinanzierung um die Einführung einer Finanzierungsbeteiligung der Studierenden zu ergänzen, ohne Abschreckungseffekte zu erzeugen und die bestehenden Unterschiede in der Bildungsbeteiligung zu verstärken, durch die Einführung von HECS für erreicht. Als positiver Nebeneffekt der Einführung von Studiengebühren wird die Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten angeführt.³⁶

Als nachteilig wird aber der tendenzielle Rückgang staatlicher Hochschulfinanzierung wahrgenommen. „In Australien wurde zwar gesetzlich fixiert, daß das Gebührenaufkommen in vollem Umfang den Hochschulen zugute kommt; tatsächlich hat aber inzwischen eine leichte Reduzierung der staatlich bereitgestellten Mittel für die Hochschulen stattgefunden. **Staatliche Mittel decken statt 80 % bei Einführung von HECS nur noch 66 % der durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes** (Hervorhebung durch den Verfasser). Der Staat hat sich also in der Folge der Gebühreneinführung teilweise aus der Studienfinanzierung zurückgezogen.“³⁷

Gleichwohl beruht die Einführung von HECS auf einem breiten Konsens in der Bevölkerung, die Kosten des Studiums gerechter zu verteilen und die Studienmöglichkeiten zu verbessern. So wird auch die Steigerung der Studierquote als Zeichen der Akzeptanz dieses Systems interpretiert. Aber auch anfängliche Befürchtungen, dass eine umfangreiche Bürokratie zur Verwaltung der Darlehen notwendig sei, haben sich nicht bewahr-

35 Ebenda: S. 264.

36 Vergl. ebenda: S. 264f.

37 Ebenda: S. 266.

heitet. Im Gegenteil, der administrative Aufwand der Abwicklung über die Steuerverwaltung ist nur gering.³⁸

3.5. Die Entwicklung der Studentenzahlen in Australien

Die Zahl der Studenten in Australien stieg von 348.577 im Jahr 1983 auf 896.621 im Jahr 2002. Diese kontinuierliche Aufwärtsentwicklung wird häufig als wichtiges Indiz für die soziale Verträglichkeit der Einführung von Studiengebühren angesehen. Zur Überprüfung dieser These soll an dieser Stelle eine genauere Analyse dieser Entwicklung erfolgen.

Die nachfolgende Tabelle stellt die zahlenmäßige Entwicklung der Studienanfänger unterteilt nach ihrer Staatsbürgerschaft zwischen 1997 und 2002 dar:³⁹

Tabelle 10
Anzahl und Nationalität australischer Studienanfänger zwischen 1997 und 2003⁴⁰

Commencing Students	Australian citizen	in %	New Zealand citizen	in %	Permanent citizen	in %	Other over-seas	in %	Total Students
1997	219780	82,53	1839	0,69	11271	4,23	33409	12,55	266299
1998	217464	81,54	1858	0,70	10098	3,79	37292	13,98	266712
1999	219958	79,58	2125	0,77	9309	3,37	45012	16,28	276404
2000	220724	77,31	2271	0,80	8997	3,15	53526	18,75	285518
2001	244536	71,99	2745	0,81	11241	3,31	81171	23,90	339693
2002	251845	70,20	2659	0,74	12599	3,51	91667	25,55	358770

Bei einem ersten Blick auf die Tabelle wird deutlich, dass die Gesamtzahl der Studienanfänger von rund 266.000 im Jahr 1997 auf rund 358.000 im Jahr 2002 gestiegen ist. Der Zuwachs ist in allen vier Kategorien (Australian citizen, New Zealand citizen, Permanent citizen and Other overseas) festzustellen.

Bedeutsam ist dabei aber die Feststellung, dass sich der Anteil der australischen Studienanfänger von rund 82% im Jahr 1997 auf rund 70 % im Jahr 2002 vermindert hat, während der Anteil der Studenten aus den Kategorien New Zealand citizen und Perma-

38 Vergl. ebenda: S. 267.

39 Eigene Zusammenstellung aus: Students 2002, Selected Higher Education Statistics, 2002, ed. by Commonwealth of Australia 2002. Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/students2002.pdf, S. 5. Students 2000, Selected Higher Education Statistics, 2000, ed. by Commonwealth of Australia 2001. Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/student00shes.pdf, S. 6. Selected Higher Education, Student Statistics, 1998, de. by Department of Education, Training and Youth Affairs, Canberra December 1998, Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/student98shes.pdf, S. 12.

40 Definition: Citizenship categories reported in this publication are: • Australian citizen (including Australian citizens with dual citizenship); or • New Zealand citizen or diplomatic or consular representative of New Zealand, a member of the staff of such a representative or the spouse or dependent relative of such a representative, excluding those with Australian citizenship; or • Students with Permanent Resident status but excluding those who have New Zealand citizenship; or • Student has a temporary entry permit or is a diplomat or a dependent of a diplomat (except New Zealand) and resides in Australia during the Semester; or • Other Overseas. Students 2002, a.a.O., S. 166.

ment citizen nur geringen Schwankungen unterliegt. Auffällig ist jedoch vor allem die Tatsache, dass der Anteil der Studienanfänger aus der Kategorie Other Overseas im gleichen Zeitraum von rund 12,5 Prozent auf über 25,5 Prozent gestiegen ist.

Eine ähnliche Entwicklung der Zusammensetzung der australischen Studentenschaft wird auch aus der folgenden Tabelle deutlich.⁴¹

Tabelle 11

Anzahl und Nationalität australischer Studierender zwischen 1997 und 2003

All Students	Australian citizen	in %	New Zealand citizen	in %	Permanent citizen	in %	Other overseas	in %	Total Students
1997	564646	85,70	4157	0,63	27050	4,11	62974	9,56	658827
1998	570181	84,87	3899	0,58	25590	3,81	72183	10,74	671853
1999	576621	84,02	4121	0,60	22414	3,27	83111	12,11	686267
2000	574012	82,53	4348	0,63	21518	3,09	95607	13,75	695485
2001	652135	77,43	5647	0,67	27193	3,23	157208	18,67	842183
2002	675784	75,37	5690	0,63	30089	3,36	185058	20,64	896621

Auch hier zeigt sich, dass die Gesamtzahl der Studierenden (Voll- und Teilzeitstudenten) in Australien zwischen 1997 und 2002 deutlich ansteigt. Dies betrifft alle vier untersuchten Kategorien. Während aber die Kategorien New Zealand citizen und Permanent citizen prozentual in etwa auf einem gleichbleibendem Niveau stehen bleiben, zeigt sich bei den Australian citizen ein prozentual kontinuierlicher Rückgang an der Gesamtheit der Studentenschaft von 85,7 Prozent im Jahr 1997 auf ungefähr 75,4 Prozent im Jahr 2002, während bei der Kategorie Other overseas eine Steigerung des Anteils von 9,5 Prozent im Jahr 1997 auf über 20,6 Prozent im Jahr 2002 zu verzeichnen ist. Das starke Ansteigen der Studierenden aus Übersee ist ein klares Indiz für die bewusst gewollte und gezielt geförderte Anwerbung finanzstarker Studenten als Mittel australischer Hochschulpolitik. So berichtete erst kürzlich die Neue Zürcher Zeitung: „Bildung ist in den letzten 20 Jahren praktisch aus dem Nichts zu einem bedeutenden australischen Wirtschaftsbereich geworden: 2002 haben mehr als 233.000 ausländische Studenten und Schüler ... 5,14 Mrd. austr. \$ in die Wirtschaft gebracht, umgerechnet knapp 5 Mrd. Fr. Der Erlös ist mithin grösser als derjenige aus dem Export von Wolle und nur wenig geringer als derjenige aus den Weizenausfuhren, zwei traditionell wichtigen Sektoren der australischen Exportwirtschaft. Rechnet man die knapp 2 Mrd. \$ hinzu, die im vergangenen Jahr Verwandte ausländischer Studenten bei Besuchen in Australien für Tourismusdienstleistungen ausgegeben haben, wird die Bedeutung des Bildungsbereichs noch akzentuiert. Bildung für Ausländer ist mittlerweile unter den

41 Quelle: Vergl. Fußnote 10.

Dienstleistungen der dritt wichtigste Bereich und steht in der allgemeinen Ausfuhrstatistik auf dem achten Platz.⁴²

Bereits im Jahr 1998 war Australien nach der Schweiz das Land mit der zweithöchsten Anwerbungsquote von ausländischen Studenten auf der Welt. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Situation:

Foreign students in tertiary education as % of total students, 1998.⁴³

Switzerland	15.9
Australia	12.6
Austria	11.6
United Kingdom	10.8
Germany	8.2
France	7.3
Denmark	6.0
Ireland	4.8
Sweden	4.5
Belgium (Fl.)	4.0
Canada	3.8
New Zealand	3.7
United States	3.2
Norway	3.2
Hungary	2.6
Iceland	2.4
Czech Republic	1.9
Finland	1.7
Spain	1.7
Turkey	1.3
Italy	1.2
Japan	0.9
Poland	0.5
Korea	0.1

3.6. Fazit

Die von Martina Bätzel vertretene Ansicht, wonach sich die relative Position von Studierenden niedriger sozialer Herkunft durch die Einführung von HECS zumindest nicht verschlechtert hat, beruht auf einer Untersuchung aus dem Jahr 1993.⁴⁴ Die Autorin verweist in ihrer Dissertation zwar auch noch auf eine Kritik der Methoden zur Schätzung sozialspezifischer Bildungsbeteiligungen in Australien, geht in ihrer Arbeit aber nicht näher auf diesen Sachverhalt ein.⁴⁵

Auch die von ihr angeführten Statistiken über die Bildungsbeteiligung, die Umfrageergebnisse zur Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung an einem Studium beruhen zum Teil auf Untersuchungen, die zwischen sieben und elf Jahre alt sind.

Angesichts der enormen Ausweitung der Anwerbung zahlungskräftiger, ausländischer Studenten nach Australien und dem gleichzeitigen Rückgang der australischen Studien-

42 Ausländische Studenten als Wirtschaftsfaktor, Boomende Nachfrage nach Studienplätzen in Australien, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.12.2003, S. 15.

43 Foreign students, Is globalisation lagging in the classroom?, ed. by Directorate for Employment, Labour and Social Affairs, OECD-Observer. Published on: September 29, 2000. Quelle: http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/340/Foreign_students.html.

44 Carpenter, Peter, Hayden, Martin (1993): Improvements in Equity in the Participation of Young People in Higher Education in Australia During the 1980s, in: Higher Education, Vol. 26, S. 199-216.

45 Bätzel, a.a.O., Vergl. Fußnote 687. McMillan, Julie, Western, John (2000): Measurement of the socio-economic status of Australian higher education students, in: Higher Education, Vol. 39, S. 223-248. Der Aufsatz konnte in der Kürze der Zeit nicht extern ausgeliehen werden.

anfänger und Studierenden erscheinen Zweifel angebracht, dass die Universitäten die Belange von Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft mit Priorität behandeln.

Auch die Aussicht, vor allem von Frauen, sich dauerhaft bis zur Pensionierung zu verschulden und die aufgelaufenen Beiträge abzutragen, dürfte nicht dazu beitragen, den Wunsch nach einem Studium zu verstärken.

Bereits 1998 berichtete Boris Palmer in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung über studentische Proteste gegen das Studienfinanzierungsmodell in Australien.

Darin berichtet er, dass im Durchschnitt der Jahre 1989 bis 1996 drei Viertel der Studierenden das Darlehen in Anspruch nahmen. Nur ein Viertel konnte sich eine Sofortzahlung der Gebühren leisten und damit Rabatte erzielen. Die Antworten auf die Frage nach den Folgen fielen sehr unterschiedlich aus.

„Die Regierung stützte sich auf zahlreiche Studien, die belegten, dass das neue Gebühren-System keinerlei abschreckende Wirkung auf Kinder aus einkommensschwachen Familien hatte - was lediglich heißt, dass sie genauso unterrepräsentiert blieben wie vor 1989. Sie verwies auf inzwischen eingehende Rückzahlungen von etwa einer halben Milliarde Mark pro Jahr, die formal den Universitäten zugute kamen.

Der landesweite Zusammenschluss der australischen Studierenden ... hatte ausgerechnet, dass beispielsweise ein Jura-Student mit dem Darlehen bis zu dreimal soviel bezahlt wie ein Kommilitone, der sich die 'up-front'-Zahlung leisten kann. (...)

Den Universitäten kürzte man einerseits Zuschüsse, andererseits erlaubte man ihnen, bis zu 25 Prozent der Studienplätze gegen 'up-front'-Zahlung von mehr als 20.000 Mark im Jahr anzubieten. Damit wurde erstmals eine Situation geschaffen, in der sich Kinder reicher Eltern, deren **Schulnoten die Zulassung zum gewünschten Fach nicht ermöglichen, den Studienplatz** in einem zweiten Anlauf **erkaufen können**.⁴⁶ (Hervorhebungen durch den Verfasser)

Boris Palmer kommt in seinem Artikel zwar einerseits zu dem Schluss, dass die Einführung eines Darlehen-Systems in Australien bewiesen hat, dass es administrativ möglich und finanziell sinnvoll ist, Studiengebühren nachträglich zu erheben. Andererseits sieht er jedoch auch Gefahren durch politische Eingriffe und bilanziert:

„Ein ursprünglich überzeugendes Konzept wurde in Australien binnen kürzester Zeit in einen völlig inakzeptablen, sozial unverträglichen Apparat verwandelt, das dazu dient, maximale Einkünfte für den Staatshaushalt zu sichern. ... Auch in Deutschland läuft die Entwicklung auf eine Beteiligung von Akademikern an den Kosten ihrer Ausbildung zu. Daher ist es höchste Zeit, über eine sozialverträgliche Gestaltung von Studiengebühren nachzudenken. Doch Australien ist dabei - leider - kein Vorbild mehr, sondern eine mahnende Warnung.⁴⁷

46 Palmer, Boris, Die Gedanken sind Freiwild - Mit nachträglichen Studiengebühren wurde Australien zum Vorbild - nun gerät das Modell in die Mühlen einer neuen Regierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Januar 1998, S. 36.

47 Ebenda.

Auch Nagel bestreitet die These, wonach die Einführung von Studiengebühren in Australien keinen Einfluss auf die Studierendenzahlen gehabt hätte. Er argumentiert, dass vor Einführung der Studiengebühren die Zahl der Studienbewerber die Zahl der Studienplätze weit überstieg und somit ein Nachfrageüberhang bestand. Gleichzeitig mit der Einführung von Studiengebühren wurden auch die Hochschulen ausgebaut. Der Anstieg der Studierendenzahlen in Australien lässt daher keine Aussagen für oder gegen Studiengebühren zu. Zu vermuten ist aber, dass der Anteil der Studierenden mit niedrigem Status langsam zurückgeht.

„Übersehen wird bei der derzeitigen Beurteilung von Australien m. E. zweierlei: Erstens sagt das kurzfristige Verhalten der Studierenden nichts über die langfristigen, möglicherweise abschreckenden Wirkungen einer hohen Verschuldung aus, wenn sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt verschlechtern. ... Zweitens ändert sich der Charakter der australischen Universitäten. Sie werden ‚Marktuniversitäten‘. Ausländische Studienbewerber werden mit hohen Gebühren zur Kasse gebeten. Ausländer mit weniger begüterten Eltern können sich ein Studium in Australien nicht leisten. Umgekehrt eröffnen australische Universitäten Dependancen in anderen Ländern, um die von dort kommende Nachfrage ‚abzugreifen‘“.⁴⁸

Insofern hält es Nagel nur für konsequent, dass die australische Regierung den staatlichen Universitäten erlaubte, für bestimmte Kurse kostendeckende Studiengebühren für bis zu 25% der Studierenden zu erheben. Zwar entschieden sich bis 2001 nur neun Universitäten dafür. Der größte Teil von ihnen setzte aber für die Studierenden, welche die hohen Studiengebühren bezahlen können, die verlangten Zugangsnoten herab. Damit ersetzten diese Hochschulen - jedenfalls partiell - das meritokratische durch das plutokratische Auswahlprinzip.

„Der Charakter der Wissenschaft ändert sich. Der Markt regiert. (...) Der Nachlass von 25% der Studiengebühren für Sofortzahler ist als Bevorzugung der Studierenden aus vermögenden Schichten zu werten. Es handelt sich im Ergebnis um einen regressiven, Einkommensschwache benachteiligenden Steuertarif. Er reduziert die Bildungsrendite für Studierende aus einkommensschwächeren Familien zusätzlich.“⁴⁹

48 Nagel, a.a.O.: S. 55.

49 Nagel, a.a.O.: S. 56.

4. Das neuseeländische Hochschulsystem

Die Hochschulfinanzierungssysteme Australiens und Neuseelands weisen weitreichende Gemeinsamkeiten auf. In diesem Abschnitt sollen daher nur noch einige vom australischen Modell abweichende Besonderheiten dargestellt werden.

„Das neuseeländische Hochschulsystem ist differenziert in sieben Universitäten, 25 Polytechnics, in denen auch berufliche Bildung angeboten wird, vier pädagogische Hochschulen (Colleges of Education) sowie drei Wanangas, die der Erforschung und Erhaltung von Maori-Traditionen und Maori-Gebräuchen gewidmet sind. Im Jahr 1998 waren insgesamt etwa 215.000 Studierende eingeschrieben. (...) Die Hochschulen fallen in den Verantwortungsbereich des Ministry of Education. Der New Zealand Qualifications Authority, die direkt dem Ministerium untersteht, obliegt die Qualitätskontrolle im gesamten sekundären und tertiären Bereich.“⁵⁰

Die Auswahl der Studierenden nehmen die neuseeländische Hochschulen größtenteils selbst vor. Für die Universitäten gibt es außerdem nationale Zugangstests. Die Finanzierung der Hochschulen ist ausschließlich an die einzelnen Studierenden gebunden.

„Die Hochschulen erhalten nach Fächergruppen und Studienstufe (Undergraduate und Graduate) gestaffelte staatliche Zahlungen für jede(n) immatrikulierte(n) Studierende(n) im Rahmen der vorher zwischen Regierung und Hochschule vereinbarten Studienkontingente. Die Hochschulen können darüber hinaus weitere Studierende ohne staatliche Zuschußfinanzierung aufnehmen. Private Institutionen können sich grundsätzlich mit ihren Studienangeboten unter denselben Bedingungen wie die öffentlichen Hochschulen um staatliche Finanzierungszuschüsse bewerben.“⁵¹

Zur spezifischen Ausgestaltung führt die Verfasserin aus:

„Die staatlichen Zahlungen werden ausdrücklich als Subvention (Universal Tertiary Tuition Allowance) der sonst den Studierenden anzulastenden Gebühren bezeichnet und deckten im Jahr 1999 durchschnittlich 72,4% der lehrbezogenen Kosten der Hochschulen. Die restlichen Kosten sind seit 1990 von den Studierenden zu tragen und können seit 1992 wie in Australien über ein Darlehen mit einkommensabhängiger Rückzahlung vorfinanziert werden. Die Tilgungsraten beziehen sich allerdings nicht auf das gesamte zu versteuernde Einkommen nach Überschreiten einer Freigrenze, sondern es wird ein Freibetrag von derzeit 14.768 NZ\$ pro Jahr eingeräumt. Das den Freibetrag überschreitende Einkommen wird mit 10 % zur Tilgung des Studiendarlehens herangezogen, bzw. mit 15 %, soweit es 50.000 NZ\$ überschreitet. Die Verzinsung des Darlehens errechnet sich aus dem Kapitalmarktzins für die staatliche Kreditaufnahme zuzüglich eines Aufschlages für Verwaltungskosten und eines Inflationsausgleichs und lag in den letzten Jahren mit über acht Prozent relativ hoch. Allerdings wird die Verzinsung (jedoch nicht

50 Bätzel, a.a.O.: S. 250f.

51 Ebenda.

der Inflationsausgleich) ausgesetzt für Jahre, in denen der Darlehensnehmer keine Tilgung leistet, weil sein Einkommen unterhalb des Freibetrages liegt.“⁵²

Auch das neuseeländische Modell sieht in gewissem Umfang Unterstützungsmöglichkeiten für finanziell weniger gut gestellte Studierenden vor:

„Hilfe zur Finanzierung des Lebensunterhalts wird in Neuseeland in begrenztem Umfang als Zuschuß (abhängig von der finanziellen Situation der Eltern) gewährt. Alle Studierenden können aber ein zusätzliches Darlehen für den Lebensunterhalt sowie gegen Nachweis für Studiennebenkosten erhalten. Dieses Darlehen wird mit dem Darlehen zur Refinanzierung der Gebühren zusammengefaßt und erhöht die jährlich zu leistende Tilgung nicht, sondern verlängert den Rückzahlungszeitraum.“⁵³

4.1. Bewertung des neuseeländischen Studien- und Stipendienmodells

Das neuseeländische Hochschulsystem weist nur eine geringe Marktorientierung auf, weil private Hochschulen kaum existieren. Aber auch hier wird versucht, die Beziehungen zwischen Staat und Hochschulen wettbewerblich zu gestalten. In Neuseeland tritt der Staat dabei selbst nicht nur als Kunde gegenüber den Hochschulen auf, sondern subventioniert auch faktisch die Nachfrage der Studierenden an Stelle des Angebots der Hochschulen, indem die staatlichen Zuschüsse unmittelbar an die immatrikulierten Studierenden geknüpft sind. In dieser Hinsicht ist es auch konsequent, dass die neuseeländischen Hochschulen die Preise für ihre Studienangebote selbst festlegen.

Auch in Neuseeland sind die Hochschulen außerdem dazu angehalten, als Anbieter von wissenschaftlichen Dienstleistungen auf den Markt zu treten um zusätzliche Einnahmen zu tätigen. In beiden Systemen wird eine Teilung der Studienkosten zwischen dem Staat und den Studierenden mit externen Effekten einerseits und individuellem Nutzen aus dem Studium andererseits begründet. Während die Einführung von Studiengebühren in Australien Folge der angespannten Finanzlage der Bundesregierung war, beruhte die Einführung in Neuseeland auf einer ordnungspolitischen Neuorientierung.

„In Neuseeland dagegen war die grundlegende Umgestaltung der Hochschulfinanzierung Teil einer weitreichenden Neuorientierung aller Politikbereiche im Hinblick auf die Stärkung der individuellen Eigenverantwortung und den gezielteren Einsatz staatlicher Mittel bei gleichzeitiger Betonung der ordnungspolitischen Funktion des Staates.

Die Bereitstellung der staatlichen Finanzierungsbeiträge als Pauschalbetrag ohne detaillierte Verwendungsaufgaben paßt zu diesen Überlegungen, denn sie erhöht wesentlich die Entscheidungsspielräume der Hochschulen.“⁵⁴

Bätzel folgert aus diesem Finanzierungsmodell, dass die Darlehenssysteme zur Refinanzierung der Studiengebühren aufgrund der einkommensabhängigen Tilgung grund-

52 Ebenda.

53 Ebenda: S. 251f.

54 Ebenda: S. 252.

sätzlich in beiden Ländern als geeignet angesehen werden können, den Ausschluß von Nachfragern aufgrund von Liquiditätsmangel sowie gleichzeitig (sozialspezifische) Abschreckungseffekte weitgehend zu verhindern. Dabei hält sie das neuseeländische System mit Verzinsung für transparenter als das australische System, wendet sich jedoch gegen Details der Regelungen. So kritisiert sie z.B., dass der Darlehenszins zusätzlich zur marktüblichen Rate einen Inflationsausgleich enthält, da der im allgemeinen bereits im nominalen Kapitalmarktzins berücksichtigt ist.

4.2. Fazit

Bätzel hält das neuseeländische Finanzierungsmodell insgesamt für gelungen, obwohl es bei Einführung der Studiengebühren erhebliche Proteste der Studierenden gab. Sie betont besonders, dass die Einführung von Studiengebühren zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten beigetragen hat und im Allgemeinen von der Bevölkerung akzeptiert wird, da die Strategie der Neuorientierung aller staatlichen Politikbereiche trotz wechselnder Regierungen konsequent weiterverfolgt wurde.

Zu einer gänzlich anderen Einschätzung bezüglich der Studierdauer kommt ein Artikel über das neuseeländische Studiensystem des Studentenmagazins UNICUM aus dem Jahr 1999. Darin wird behauptet, dass die gestiegenen Kosten die Studenten gerade nicht zu einem schnelleren Studium motivieren. Stattdessen stehen die Studenten aufgrund von Nebenjobs ständig unter Druck und sind immer schlechter vorbereitet. Eine weitere Folge der nachträglichen Studiengebühren ist das Auswandern der ausgebildeten Akademiker ins Ausland, da bei Auslandsaufenthalten die Rückzahlung des Darlehens ausgesetzt wird und auch keine weiteren Zinsen anfallen.⁵⁵

Ein weiteres Indiz für die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen sieht Bätzel in der steigenden Bildungsbeteiligung im tertiären Sektor in Neuseeland.

„Auch in Neuseeland zeigen die Beteiligungsraten im Hochschulsektor trotz Gebühreneinführung einen ansteigenden Trend (8 % Wachstum zwischen 1994 und 1998) und sind insbesondere für traditionell benachteiligte Gruppen wie Maori oder Einwohner der zu Neuseeland gehörenden Inseln im pazifischen Ozean überdurchschnittlich angestiegen (24 % bzw. 30 % zwischen 1994 und 1998).“⁵⁶

Zu einer eher skeptischen Bewertung der Studiensituation in Neuseeland neigt die Studie von Bernhard Nagel:

„In Neuseeland wurde 1992 nach australischem Muster ein System von einkommensunabhängigen und nach Ende des Studiums rückzahlbaren Bildungskrediten eingeführt. Die Gebühren sind seit 1992 stark angestiegen. Sie betragen 1992 für Vollzeitstudenten im Durchschnitt noch 1.300 NZ\$ (ca. 650 €), die Zahl für 1998 lautet bereits 3.300

55 Vergl.: UNICUM, 12/99, S. 20; zitiert nach: <http://www.uni-lueneburg.de/asta/aktuell/presse/default.html>.

56 Ebenda: S. 261.

NZ\$. Die pädagogischen Hochschulen und die der Maori-Kultur verpflichteten Wanangas liegen deutlich unter dem Durchschnitt, die Private Training Establishments deutlich darüber. Es gibt in Neuseeland Stipendien, die 1998 von 36% der ca. 200.000 Studierenden in Anspruch genommen wurden. ... Während die Bildungsbeteiligung der in der höheren Bildung unterrepräsentierten Maoris sich wegen der speziellen Förderung in den letzten Jahren relativ günstig entwickelte, kann man dies für Studierende aus einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund nicht generell sagen. Ihre Beteiligung am Studium ist zwar gestiegen, sie haben aber ihre relative Position gegenüber den anderen Schichten, die ebenfalls vermehrt studieren, nicht nachweisbar steigern können. Fundierte Studien über die Beteiligung an der Hochschulausbildung gibt es für Neuseeland nicht.⁵⁷

57 Nagel, a.a.O.: S. 56f.

5. Das englisch/ schottische Studiengebührenmodell⁵⁸

Das schottische „Studiengebührenmodell“ findet derzeit viel Beachtung in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik – u.a. deshalb, weil dieses Modell durch den Gegensatz zum englischen System unmittelbaren Aufschluss über die Auswirkungen von Studiengebühren bzw. den Verzicht auf Studiengebühren zu versprechen scheint. Allerdings zeigt sich immer wieder, dass die spezifischen Gegebenheiten des schottischen Systems bei den Befürwortern wie Kritikern nicht ausreichend berücksichtigt werden. Bezeichnend ist der verbreitete Eindruck, in Schottland gebe es keine Studiengebühren. In einer neuesten Untersuchung heißt es dazu: „Schottland ist in der öffentlichen Wahrnehmung ein Land ohne Studiengebühren, obwohl die anfängliche Gebührenfreiheit nur für schottische Studierende gilt und diese später bei entsprechend hohem Einkommen eine Art Darlehensrückzahlung (...) an einen Bildungsfond leisten müssen.“⁵⁹

Die Sonderstellung des schottischen Studiengebührenmodells hängt mit allgemeinen politischen Entwicklungen im Vereinigten Königreich gegen Ende der neunziger Jahre zusammen. Wesentliche Voraussetzungen sind hier zum einen die 1998 durchgesetzten Studiengebühren für das gesamte Vereinigte Königreich, zum anderen die neue eingeführte Regionalautonomie u.a. für Schottland. Der politische Zusammenhang wird in einem kritischen Beitrag so nachgezeichnet: „Erstmals seit Jahrhunderten erhielten die Regionen innerhalb Großbritanniens, zunächst Schottland und Wales, eigene föderale Strukturen, denen u.a. die Hoheit über das Bildungswesen zugewiesen wurde. Bei der Wahl des ersten schottischen Regionalparlamentes Anfang 1999 traten alle relevanten Parteien außer New Labour für die Abschaffung der Studiengebühren ein (...). Das Wahlergebnis bescherte New Labour keine absolute Mehrheit, im Gegensatz zum britischen Parlament. Schnell lief alles auf eine Koalition mit den Liberaldemokraten hinaus (...). Zunächst wurde auf Anregung der Downing Street eine unabhängige Untersuchungskommission zur Studiengebührenfrage gegründet.“⁶⁰

Weiter heißt es in der zitierten Darstellung: „Die Kommission hatte einen einzigen Zweck (...) nämlich die politische Kontroverse zwischen Labour und Liberaldemokraten in Schottland zuzukleistern. Im Januar (2000) kam es schließlich zu einem Kompromiss, den das Regionalparlament sofort beschloss: Studiengebühren sind an schottischen Hochschulen nicht wie bisher bei der Einschreibung zu zahlen, sondern werden nach Abschluss des Studiums fällig. (...) Damit konnte Labour die Beibehaltung der Gebühren als Erfolg verbuchen, während die Liberaldemokraten seitdem behaupten, sie

58 Das Kapitel 5 entspricht im Wesentlichen der Dokumentation „Das schottische Studiengebührenmodell“, Joachim Rickes, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages – WF VIII G – 203/2003.

59 Nagel, a.a.O.: S. 58.

60 Heaney, Matt, Schottland: Gebühren abgeschafft? in Philtrat nr. 34, mai/juni 2000. Quelle: <http://www.koeln.de/phil-fak/philtrat/34/3407.htm>, S. 1.

hätten die Gebühren abgeschafft. Damit existieren an britischen Hochschulen zwei unterschiedliche Gebührensysteme nebeneinander. Eins für alle schottischen StudentInnen sowie solche aus anderen EU-Ländern – und ein anderes für EngländerInnen, WaliserInnen und NordirInnen.⁶¹

5.1. Aufbau und Merkmale der Studiengebührenmodelle

Jede Bewertung des schottischen Sonderweges setzt die Kontrastierung mit den entsprechenden Regelungen in England, Nordirland und Wales voraus. Dort müssen Studierende seit 1998 Studiengebühren entrichten. Sie betragen im Studienjahr 2002/03 1100 Pfund. 1999 wurden zudem die „maintenance grants“ (finanzielle Zuschüsse zur Lebenshaltung) in Darlehen umgewandelt: „Alle Studierenden können 75% des Gesamtdarlehensbetrages erhalten, der gegenwärtig allgemein 3.815 Pfund, für Studierende in London 4.700 Pfund und für die zu Hause lebenden 3.020 Pfund beträgt, hinzu kommen 25% des Darlehens für Bedürftige“⁶².

Dagegen zahlen schottische Studenten seit 2001 keine direkten Studiengebühren mehr. Stattdessen müssen sie sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums 2050 Pfund in einen Bildungsfond zahlen, sofern das jährliche Einkommen des Akademikers 10.000 Pfund überschreitet. Die Einzahlungen in diesen „Graduate Endowment Fund of Scotland“ werden ausschließlich für den Bildungsbereich verwendet. In Schottland gilt somit das Modell einer „nachgelagerten Studiengebühr“⁶³, die bei vierjährigem Studium derzeit 476 Pfund pro Jahr beträgt. Der finanzielle Vergleich beider Konzepte ist aufschlussreich: „Wenn man (es) durchrechnet und feststellt, dass bei einem vierjährigen Studiengang die Schotten knapp 500 Pfund Studiengebühren bezahlen, kann man sagen, die Studiengebühren sind in England (1100 Pfund jährlich) auch noch höher als in Schottland.“⁶⁴

Die „Young Student‘ s Bursaries“ ermöglichen bedürftigen Studenten bis 25 Jahre eine Höchstförderung von 2.050 Pfund. Studenten aus Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 15.000 Pfund erhalten einen zusätzlichen Zuschuss von 510 Pfund. Analog gibt es ein „Young Students‘ outside Scotland Bursary.“ Weitere Darlehen werden zinslos zur Verfügung gestellt und müssen später ab einem Einkommen von 10.000 Pfund im Jahr zurückgezahlt werden.

Studierende aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind in Schottland von Studiengebühren befreit, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen: „EU-Studenten, die an Universitäten in Schottland ein Vollstudium aufnehmen, brauchen die Studiengebühren nicht selbst zu zahlen. Diese werden einkommensunabhängig in voller Höhe von

61 Heaney, a.a.O.: S. 2.

62 Nagel, a.a.O.: S. 57.

63 Nagel, a.a.O.: S. 120.

64 Nagel, Bernhard, Interview in: Das Forum/Bildungsreport – NDR-Info (24.5.2003), S. 5.

der Student Award Agency Scotland (SAAS) übernommen, wenn sie dort einen Antrag stellen und die (...) Bedingungen für finanzielle Unterstützung erfüllen.“⁶⁵

Wichtigste Voraussetzungen sind die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates und die Aufnahme eines Vollstudiums an einer schottischen Universität. Ebenso haben Studierende aus Staaten der EU die Möglichkeit, bei einem Studium in Schottland finanzielle Unterstützung zu erhalten: „Studierende aus EU-Ländern können in den Genuss von Unterstützungsleistungen für Studenten kommen, wenn sie bestimmte Kriterien der Förderungswürdigkeit erfüllen. Hauptkriterium ist ein dreijähriger Aufenthalt mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich, durch den sie Anspruch auf die Übernahme der Studiengebühren für bestimmte Studiengänge erwerben.“⁶⁶

5.2. Bewertung der Studiengebührenmodelle

Die Auswirkungen des schottischen Sonderweges sind gerade im Kontrast zum englischen Modell aufschlussreich. Die veränderte Ausgestaltung der (nachträglichen) Entrichtung von (vergleichsweise niedrigen) Studiengebühren hat die Studiennachfrage in Schottland eindeutig stimuliert: „Die Zahl der Schotten, die im Vereinigten Königreich studieren will, (ist) zwischen 2001 und 2002 prozentual stärker als die entsprechende Zahl der Engländer gestiegen (...).“⁶⁷ Dieser Umstand ist vor allem mit Blick auf die umstrittene Frage der Auswirkungen von Studiengebühren auf den Entschluss zum Studium wichtig: „Zur (...) Hypothese, wonach es auch bei einer sozialen Abfederung von Studiengebühren durch Darlehen einen Abschreckungseffekt geben kann, liefert der Vergleich der Bewerberzahlen zwischen England und Schottland aufschlussreiches Anschauungsmaterial. In England und Schottland verläuft die Entwicklung der Studienzahlen unterschiedlich, weil in Schottland die Zuschuss- und Darlehensbedingungen besser sind und die Zahlung der Studiengebühren für Schotten auf die Zeit nach dem Studium verschoben wird.“⁶⁸

Das schottische Modell trägt jedoch nicht nur zur vergleichsweise günstigeren sozialen Situation der Studierenden bei: „Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Schottland seine Begabungsreserven besser ausnützt als England. Zwischen 1999 und 2000 stiegen die Studierendenzahlen von Schotten um rund 10 Prozent, im darauf folgenden Jahr um weitere fünf Prozent. Die entsprechenden Zahlen für England lauten 1,6 und 2,3%.“⁶⁹

65 Studieren in Großbritannien 2003/04. British Council Germany in: Quelle: <http://www.britishcouncil.de/d/education/study4.htm>, S. 1.

66 Hochschulausbildung in: Dialog mit den Bürgern: Vereinigtes Königreich. Quelle: <http://europa.eu.int/scadplus/citizens/de/uk/10974.htm>, S. 5.

67 Nagel, a.a.O.: S. 120.

68 Nagel, a.a.O.: S. 76.

69 Nagel, Bernhard, Wie wirken Studiengebühren? Quelle: <http://www.gew-berlin.de/2481.htm>, S. 2.

Genaueres Zahlenmaterial zu den hier skizzierten Entwicklungen liefern die beiden nachfolgenden tabellarischen Übersichten:

Studierende (Einschreibungen) in Großbritannien⁷⁰

Heimatland der Studierenden	Land in dem studiert wird		
	Jahr	England	Schottland
England	2001 Studierendenzahl	302.391	24.721
	% Veränderung zu 2000	+ 2,3 %	+ 4,1 %
	% Veränderung 2000 zu 1999	+ 1,6%	- 14,8 %
Schottland	2001 Studierendenzahl	5.870	30.204
	% Veränderung zu 2000	-13,0%	+ 5,0 %
	% Veränderung 2000 zu 1999	+ 1,3 %	+ 9,9 %

Quelle: <http://ucas.ac/New/press/ma 200701.html>

Studierende in England und Schottland⁷¹

Heimatland der Studierenden	Land, in dem studiert wird		
	Jahr	England	Schottland
England	2001 Studierendenzahl	302.391	24.721
	% Veränderung zu 2000	+ 2,3 %	+ 4,1%
	% Veränderung 2000 zu 1999	+ 1,6%	- 14,8 %
England, neue Bewerbungen	2002 Studienbewerbezahlen zum 16. 5.	290 137	23495
dto.	% Veränderung 2002 zu 2001 (16. 5.)	+ 0.4 %	- 3.9%
Schottland	2001 Studierendenzahl	5.870	30.204
	% Veränderung zu 2000 (16.5.)	- 13,0%	+ 5,0%
	% Veränderung 2000 zu 1999	+ 1,3 %	+ 9,9%
Schottland neu	2002 Studienbewerbezahlen zum 16. 5.	5286	29.644
dto.	% Veränderung zu 2000 (16.5.)	-7.1 %	+ 5.6%

Quelle: <http://ucas.ac/New/press/ma 200701.html>

70 Nagel, a.a.O.: S. 59.

71 Nagel, a.a.O.: S. 60.

5.3. Fazit

Die im vorhergehenden behandelten Regelungen gelten für England seit 1998, für Schottland seit 2001. Die Aussagekraft beider Studiengebührenmodelle ist insofern noch sehr begrenzt.

Hinweis:

Am 27. Januar 2004 wurde mit einer Mehrheit von fünf Stimmen die Erhöhung der jährlichen Studiengebühren in England von 1100 auf 3000 Pfund im britischen Unterhaus beschlossen. Zugleich wurde die bisherige „up-front tuition“ in eine dem schottischen Modell entsprechende, nachgelagerte Studiengebühr umgewandelt. Sollte diese in der Labour Party heftig umstrittene Entscheidung im weiteren Gesetzgebungsverfahren Rechtskraft erlangen, wird sich schnell abzeichnen, ob sich die aufgezeigten Tendenzen, gerade in Bezug auf die Entwicklung der Studentenzahlen an englischen und schottischen Hochschulen, bestätigen werden.⁷²

72 Vergl.: Thibaut, Matthias, Blair gewinnt - demütigend knapp bei Abstimmung über Studiengebühr, in: Der Tagesspiegel, Berlin, 28.01.2004.

6. Das österreichische Studiengebührenmodell

In Österreich wurden 2001 relativ kurzfristig Studiengebühren eingeführt. Sie betragen im Semester € 363,36 bzw. € 726,72 pro Jahr. Für das Wintersemester 2001/02 wurde gegenüber dem Vorjahr ein erheblicher Rückgang der Zahl aller Studierenden (minus 19,5%) und der Erstsemester (minus 14,9%) festgestellt. Der Rückgang der Gesamtzahl der Studierenden ist insofern plausibel, als schon immer vermutet werden konnte, dass eine Reihe von Studierenden nur pro forma an der Hochschule eingeschrieben ist, um die sozialen Vorteile des Status „Student“ in Anspruch nehmen zu können.

Tabelle 12
Studierende in Österreich⁷³

Erstzulassungen	W. S. 2000/01	W. S. 2001/02	%
Wissenschaftliche Hochschulen	30.287	25.677	
Kunsthochschulen	1.257	1.155	
Summe	31544	26832	- 14,9%
Alle Studierende	W. S. 2000/01	W. S. 2001/02	%
Wissenschaftliche Hochschulen	234.937	187.662	
Kunsthochschulen	9.224	8.825	
Summe	244.161	196.487	- 19,5%

Quelle: Österreichisches Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mai 2002

Der Rückgang der Studentenzahlen hat trotz einer gewissen sozialen Abfederung - rund 20 % der Studierenden erhalten Studienbeihilfe und/oder Studienzuschuss und zahlen de facto keine oder geringere Studiengebühren – stattgefunden und kann zumindest teilweise auch damit erklärt werden, dass ein Teil dieser Studierenden bereits vor der Einführung der Studiengebühren ihr Studium nicht (mehr) ernsthaft betrieben hat.

Problematisch empfindet Nagel hingegen den Rückgang bei den Studienanfängern und hebt dabei hervor:

„Die Anzahl der Studienanfänger ist bei der Einführung der Studiengebühren im Jahresvergleich um 15 % gesunken, obwohl sich das Potenzial für Hochschulbildung (die Maturanten bzw. Abiturienten) nicht verringert hat. Möglicherweise konnte ein Teil dieses Rückganges von kürzeren, teilweise gebührenfreien, tertiären Ausbildungen (z.B. an Fachhochschulen und Colleges) absorbiert werden. ... Die Anzahl der inländischen, ordentlichen Erstzugelassenen ist sogar von 21.196 (Wintersemester 2000/01) auf 17.961 (Wintersemester 2001/02) gesunken, ein Rückgang um 15,3 %. In den 3 Jahren davor stieg die Anzahl der Erstzugelassenen um jährlich rund 8 % an.“⁷⁴

73 Ebenda: S. 62.

74 Ebenda, vgl. in diesem Zusammenhang auch den folgenden Hinweis: „In den Jahren 1996 und 1997 war die Anzahl der Erstzugelassenen sogar noch niedriger als 2001. Im Jahr 1996 hatte die österrei-

Besonders weist Nagel auf die starken Rückgänge bei den inländischen außerordentlichen Erstzugelassenen hin:

„Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um eher bildungsferne Schichten, häufig ohne Reifeprüfung, handelt. Der Rückgang beträgt 34 % (von 1.992 Erstzugelassenen im WS 2000/01 auf 1.321 im Jahr danach). In dieser Gruppe ist der Rückgang bei den Frauen deutlich größer als bei den Männern und beträgt 44 %. Besonders bemerkenswert ist der starke Rückgang der Studierenden (ordentlichen und außerordentlichen) aus außereuropäischen Entwicklungsländern. Ihre Zahl hat im Wintersemester 2001/02 gegenüber dem Vorjahr um 28,4% abgenommen, und zwar von 2.803 auf 1.972 Studierende. Insgesamt nahm die Zahl der ausländischen Studierenden im gleichen Zeitraum von 32.686 auf 29.038, d. h. um 11,2%, ab. Der Rückgang hängt sowohl mit der Einführung der Studiengebühren als auch mit den erschwerten Aufenthaltsbestimmungen zusammen. An sich hätten Studierende aus Entwicklungsländern die Möglichkeit, sich die Studiengebühren zurückerstatten zu lassen.“⁷⁵

Nagel räumt ein, dass über „schichtspezifische Anpassungsreaktionen“ noch keine konkreten Zahlen vorliegen, hält jedoch fest:

„Die abschreckenden Auswirkungen des Sparpaketes bei der österreichischen Studienförderung von 1996 legen (...) die Vermutung nahe, dass auch bei der Einführung der Studiengebühren im Jahre 2001 vor allem Jugendliche aus Arbeiterhaushalten und aus Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau den Universitäten ferngeblieben sind.“⁷⁶

Inzwischen ist die Zahl der Studienanfänger zwar wieder gestiegen, wie neuesten Pressemeldungen zu entnehmen ist. Über die soziale Zusammensetzung der Studienanfänger werden allerdings keine Angaben gemacht.

„Im dritten Jahr nach Einführung der Studiengebühren stehen die österreichischen Unis knapp vor einem historischen Rekord bei den Studienanfängern: Bereits nach Ende der regulären Inskriptionsfrist haben nach Angaben des Bildungsministeriums dieses Wintersemester 30.781 Personen ein Studium begonnen. Gegenüber dem Vorjahr sind das um sieben Prozent mehr Anfänger. Der bisherige Rekordwert stammt aus dem Jahr vor Einführung der Gebühren (2000), als rund 31.500 Personen erstmals inskribierten. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es heuer ein Plus von 3,7 Prozent.

Bei den Gesamtstudentenzahlen wurde nun außerdem wieder die 200.000-Marke überschritten. ... Vom Rekordwert an Studierenden insgesamt liegt man allerdings noch weit entfernt. Nach der Einführung der Studiengebühren sackte die Studentenzahl von 230.000 auf etwa 195.000 ab.“⁷⁷

chische Bundesregierung ein Sparpaket beschlossen, das unter anderem die Transferleistungen für Studierende deutlich reduziert hat. Auch hier hatte es einen Rückgang gegeben.“ Ebenda.

75 Ebenda.

76 Ebenda: S. 63f.

77 Vor Rekord bei Zahl der Studienanfänger, Die Presse, 27.11.2003. Quelle: <http://oeh.ac.at/oeh/pressespiegel/100206872602/106996865244>.

7. Das niederländische Hochschulsystem

Das niederländische Hochschulsystem ist ein binäres System aus Universitäten und Institutionen der höheren beruflichen Bildung (HBO: Hoger Beroepsonderwijs) und in dieser Hinsicht dem deutschen System aus Universitäten und Fachhochschulen vergleichbar. An den 65 Fachhochschulen studierten im Jahr 1999/2000 knapp 304.000 Studierende, davon 53.600 im Teilzeitstudium. An den 13 Universitäten - davon sind drei private Institutionen - waren im selben Zeitraum etwa 163.000 Studierende eingeschrieben. Hinsichtlich der Finanzierung sowie der staatlichen Aufsicht werden zwischen den privaten und staatlichen Institutionen keinerlei Unterschiede gemacht

Schwerpunkte der Hochschulreform in den 1980er und 1990er Jahren waren die Beseitigung zu langer Studienzeiten, die Verringerung der hohen Studienabbruchquoten sowie eine verstärkt outputabhängige Finanzierung von Forschung und Lehre durch mehr Autonomie und die Stimulierung von Lehre und Forschung durch systematische Qualitätsbeurteilungen und Evaluation.

Eine staatliche Kontrolle der Hochschulen findet vor allem über ein von den Hochschulen selbst entwickeltes Qualitätssicherungssystem statt, dessen Ergebnisse veröffentlicht werden. Die Hochschulen können neben den anerkannten und staatlich finanzierten Studiengängen weitere Studienangebote in eigener Regie anbieten und haben im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung eine Vielzahl von stark marktorientierten Angeboten entwickelt.

„Die Bewerbung und die Verteilung der Studienplätze erfolgen über eine der deutschen ZVS vergleichbare Zentralstelle. Grundsätzlich muß jeder Bewerber zugelassen werden. (...) Das Ministerium ist berechtigt, für Studiengänge, deren Kapazitäten nicht für alle Nachfrager ausreichen oder deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt nicht in entsprechendem Umfang nachgefragt werden, mit einem Numerus Fixus die Zulassung zu beschränken. Die zu verteilenden Studienplätze werden dann unter allen Bewerbern verlost.“⁷⁸

Eine Selektion der Studierenden erfolgt im Laufe des ersten Studienjahres (Propaedeutise), das als Grundstudium angesehen werden kann. Können diverse Leistungsnachweise nicht erbracht werden, ist die Hochschule berechtigt, nach einer obligatorischen Studienberatung und der Einräumung einer Wiederholungsmöglichkeit die Exmatrikulation des Studierenden vorzunehmen.

Die Regelstudienzeit ist mit wenigen Ausnahmen (vor allem für medizinische Studiengänge) für alle Studiengänge (Universität und HBO) auf vier Jahre begrenzt. Nach Ablauf von insgesamt sechs Jahren ist nur noch eine Einschreibung als Extraneus möglich, d.h. als Examenskandidat mit Prüflings-, aber ohne Studienberechtigung. Eine

78 Bätzel, a.a.O.: S. 271f.

weiterführende wissenschaftliche Ausbildung nach dem ersten Studienabschluss ist nur für wenige Studierende vorgesehen.

„Die Finanzierung der Lehre ist hauptsächlich an die Zahl der immatrikulierten Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit sowie die Zahl der Absolventen geknüpft und wird nur grob nach zwei Fächerkategorien (Geisteswissenschaften einerseits sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften andererseits) differenziert. Die Zuweisung erfolgt als Pauschalsumme ohne detaillierte Verwendungsauflagen (mit Ausnahme der Zuschüsse für Universitätskliniken). Universitäten (nicht HBO) erhalten daneben eine Grundzuweisung für Forschungsprojekte, gebunden an die Einhaltung des Qualitätssicherungssystem. (...)

Ein Großteil der Forschungsmittel wird im Wettbewerb der Hochschulen respektive der Forscher über die niederländische Forschungsgemeinschaft (NWO: Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek) vergeben. Daneben können die Hochschulen Drittmittel für Forschung von anderen staatlichen Stellen als dem Wissenschaftsministerium sowie aus privaten Quellen einwerben.⁷⁹

Studiengebühren sind in den Niederlanden seit langer Zeit üblich. Die Gebühren werden einheitlich für alle Studierenden durch das Bildungsministerium festgelegt und fließen direkt an die Hochschulen. Im Jahr 2000/2001 deckten die Gebühren etwa 25% der durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes. Im Jahr 2002 betrug die Studiengebühr 3076 Gulden.⁸⁰ Ein weiterer jährlicher Anstieg ist vorgesehen. Der festgesetzte Gebührensatz gilt nur für die Regelstudienzeit. Bei Überschreiten der Regelstudienzeit können die Hochschulen eigene Gebühren festlegen.

„Die ‚Studiefinancierung‘ besteht aus drei Komponenten, jeweils differenziert nach auswärts wohnenden und bei den Eltern wohnenden Studierenden (letzte Werte in Klammern):

- Alle Studierenden erhalten erstens eine elternunabhängige Grundförderung (Basisbeurs) von derzeit 444,25 NFL (144,25 NFL).
- Dazu kommt zweitens eine Zusatzförderung (Aanvullende Beurs) in Abhängigkeit vom Elterneinkommen von derzeit maximal 457,15 NFL (422,15 NFL).
- Bis zum Gesamtförderbetrag von derzeit 1.294,46 NFL (959,46 NFL), der an den Lebenshaltungs- und Studienkosten einschließlich Studiengebühren orientiert ist, kann drittens ein verzinsliches Darlehen (Rentedragende Lening) beansprucht werden. Die Höhe des Darlehensanspruches ist also abhängig von der gewährten Zusatzförderung (Aanvullende Beurs), je höher die gewährte Zusatzförderung, desto geringer der ergänzende Darlehensanspruch.⁸¹

79 Ebenda: S. 273f.

80 Vergl.: Nagel, a.a.O.: S. 64.

81 Bätzel, a.a.O.: S. 276.

Die Gesamtförderung schließt eine Freifahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel ein und wird nur innerhalb der Regelstudienzeit gewährt; danach kann für weitere drei Jahre ein verzinsliches Darlehen in Anspruch genommen werden.

„Die Rückzahlung des aufgenommenen Darlehens erfolgt in maximal 15 Jahren, beginnend zwei Jahre nach Ende des Studiums, kann aber ausgesetzt werden, wenn das Einkommen des Darlehensnehmers und eines etwaigen Partners die Belastbarkeitsgrenze unterschreitet. Nach Ablauf von 15 Jahren wird die gegebenenfalls noch vorhandene Restschuld gestrichen. Die Darlehenszinsen sind steuerlich absetzbar.

Die Bildungsbeteiligung in Vollzeit-Bildungsgängen lag im Schul-/Studienjahr 1997/1998 für Männer bei 56,6% der 19-Jährigen, 32,3 % der 22-Jährigen und 11,8% der 25-Jährigen. Für Frauen betragen die entsprechenden Raten 57,6 %, 28,7 % und 9,1 %. Diese Zahlen enthalten aber neben dem Hochschulbereich auch die mittlere Berufsbildung im tertiären Bereich. In den Hochschulbereich tritt etwa ein Drittel der Jugendlichen ein. Bemerkenswert ist, daß fast zwei Drittel der Studierenden im eher berufsorientierten HBO-Bereich immatrikuliert sind und nur gut ein Drittel in den stärker wissenschaftsorientierten Universitäten.“⁸²

Wie in Österreich lassen sich auch in den Niederlanden schichtenspezifische Auswirkungen vermuten.

„Spezifische Bildungsbeteiligungsraten nach sozialer Herkunft liegen für die Niederlande im einzelnen nicht vor, allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, als Studierender in den tertiären Sektor zu gelangen, abhängig von der beruflichen Stellung der Herkunftsfamilie: So haben Jugendliche aus Haushalten von Leitenden Angestellten oder Wissenschaftlern eine um die Hälfte höhere Chance, in den Hochschulbereich zu gelangen, als Jugendliche aus Hilfsarbeiter- oder Arbeitslosen-Haushalten.“⁸³

7.1. Bewertung des Studiengebührenmodells der Niederlande

Bätzel kritisiert die Einschränkung der niederländischen Hochschulen durch die starre Vorgabe einer einheitlichen Regelstudienzeit, die Verlosung von rationierten Studienplätzen sowie die staatliche Preisfixierung für das Studium. So kommt sie zum Schluss:

„Das niederländische System ist deshalb insgesamt zwar durch eine relativ hohe Autonomie der Hochschulen, aber durch eine geringe Marktorientierung im Bereich Lehre gekennzeichnet. Die Forschung ist dagegen stark wettbewerbs- und marktorientiert.“⁸⁴

Gleichzeitig befürwortet sie das Prinzip der Elternunabhängigkeit bei der Studienförderung, wenn auch inzwischen auf Grund von Finanzierungsproblemen anstelle von Zuschüssen für Studierende ein elternunabhängiges Darlehen getreten ist.

82 Ebenda.

83 Ebenda: S. 277f.

84 Ebenda: S. 279.

„Das immer wieder betonte Prinzip der Elternunabhängigkeit wurde damit teilweise reduziert. Die Ergänzung der Förderung durch ein elternunabhängiges Darlehen ist dagegen als geeignete Form der Studienförderung anzusehen. Allerdings verzichten viele Studierende auf die Inanspruchnahme dieses Darlehens, nicht zuletzt wohl wegen der Rückzahlungskonditionen, die zwar auf Antrag eine Berücksichtigung der Belastbarkeit der ehemaligen Studierenden vorsehen, aber keine einkommensabhängige Rückzahlung i.e.S. darstellen.“⁸⁵

Bätzel kritisiert die strikte Verknüpfung der Fördermaßnahmen mit der Regelstudienzeit als zu weitgehend, da auch an niederländischen Hochschulen die Studierbarkeit eines Faches in der vorgegebenen Zeit nicht immer möglich ist. Des Weiteren hält sie auch die Studienförderung für Teilzeitstudenten sowie eine generelle Flexibilisierung des Studienförderungssystems für notwendig.

7.2. Fazit

Eine spezielle Maßnahme zur Förderung der Bildungsbeteiligung niedrigerer sozialer Schichten stellt nach Bätzels Meinung die Erleichterung des Übergangs von der mittleren Berufsbildung in die HBO dar, da dieser Weg signifikant häufiger von Jugendlichen aus Haushalten mit geringen Einkommen gewählt wird.

„Allerdings bewirkt die Ausgestaltung der Darlehenskonditionen Abschreckungseffekte, insbesondere bei Jugendlichen aus einkommensschwächeren Haushalten. Ob sich diese Effekte durch die Umstellung der Zuschüsse auf bedingte Darlehen verstärkt haben, kann noch nicht beurteilt werden, da die Regelungen erst vor kurzem in Kraft getreten sind; es ist allerdings zu vermuten.“⁸⁶

Insgesamt hat sich die Studienbeteiligung durch die Reformmaßnahmen aber nicht verringert. Das größte Problem der niederländischen Hochschulpolitik sind die ständigen Änderungen der staatlichen Studienförderung, die nicht etwa Teil einer geplanten Strategie, sondern oft unmittelbare Reaktionen auf Finanzierungsprobleme waren.

„So ist etwa für eine 15jährige Schülerin keinesfalls absehbar, unter welchen (Finanzierungs-)Bedingungen drei Jahre später ein Studium aufgenommen werden kann. Darüber hinaus läßt die starke inhaltliche Reglementierung und Strukturierung des Studiums wenig Raum für individuell unterschiedliche Bildungswege. ... Auch Arbeitgeber in den Niederlanden haben bemängelt, daß die Studierenden nach der Reduzierung der Studienzeit auf vier Jahre weniger gut ausgebildet seien als zuvor.“⁸⁷

Insgesamt aber stellt die Autorin für das niederländische Finanzierungsmodell eine Zustimmung auf breiter gesellschaftlicher Grundlage fest:

85 Ebenda: S. 280.

86 Ebenda: S. 281f.

87 Ebenda: S. 282f.

„Die Finanzierung von Bildung auch über Gebühren ist ein allgemein akzeptierter Aspekt des niederländischen Bildungswesens und steht im Einklang mit der Tradition, die Freiheit der Bildungsinstitutionen in den Vordergrund zu stellen. ... In Verhandlungen mit der Regierung .. stimmte der Studierendenverband auch ausdrücklich der Erhöhung der Studiengebühren zu, unter der Bedingung, daß damit eine Qualitätsverbesserung im Studium verbunden sein müsse, insbesondere eine Anpassung der Studienorganisation an die strikte Vorgabe der vierjährigen Regelstudienzeit. Die Verschärfung der Bedingungen der Studienfinanzierung führte dagegen zu erheblichen Protesten der Betroffenen.“⁸⁸

Auch Bernhard Nagel stellt abschließend fest, dass das gleichzeitige Absinken des Grundstipendiums und das Ansteigen der Studiengebühren in den Niederlanden zu keiner Abschreckung von potenziellen Studienbewerbern geführt hat. Nagel erklärt diesen Umstand aus der Tatsache, dass die monatliche Darlehens- und Zuschussförderung im Zusammenhang mit anderen Finanzierungsmöglichkeiten noch hoch genug ist.

„Zum einen wurden im Laufe der Jahre die Stipendien für Bedürftige ebenso wie die Darlehen erhöht. Zum anderen gibt es in den Niederlanden für Studierende gute Möglichkeiten, sich etwas dazuzuverdienen. (...) Diese Entwicklung lässt den Schluss zu, **dass Studiengebühren dann nicht vom Studium abschrecken, wenn sie allmählich eingeführt und erhöht werden, wenn gleichzeitig die besondere Situation von bedürftigen Studierenden durch großzügige Stipendien und Darlehen erleichtert wird und wenn allgemein gute Bedingungen für finanzielle Eigenbeiträge der Studierenden durch Arbeit bestehen.** (Hervorhebungen durch den Verfasser) (...)

Die Wahl der Studierenden wird mehr durch die Erziehung der Eltern, die Noten in der höheren Schule und die Nähe bzw. Distanz der Familie und der Hochschule als durch finanzielle Anreize beeinflusst. Auch die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt spielen eine große Rolle. (...) Hinzu kommen persönliche Vorlieben und Freundschaften der Studierenden. Diese Feststellung gilt jedenfalls für ein Land wie die Niederlande, in dem die finanzielle Situation der Studierenden relativ gut ist.“⁸⁹

88 Ebenda: S. 283f.

89 Nagel, a.a.O.: S. 65.

8. Zusammenfassung

8.1. Fazit der Studie von Martina Bätzel

Abschließend stellt die Autorin Bätzel die wesentlichen Ergebnisse ihres Vier-Länder-Vergleichs gegenüber und versucht daraus „Schlußfolgerungen für ein der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entsprechendes System der Studienfinanzierung zu ziehen.“⁹⁰

„Das amerikanische Beispiel zeigt vor allem die Vielfalt des Angebots, die auf einem Bildungsmarkt entstehen kann und die keiner staatlichen Rationierung bedarf. Begabtenförderung wird zum größten Teil durch das Eigeninteresse der Hochschulen realisiert. Private und staatliche Bildungsangebote stehen im Wettbewerb miteinander.

Das Nebeneinander von privat und staatlich getragenen Institutionen kennzeichnet auch das niederländische System, wobei hier die Gleichbehandlung weiter geht als im amerikanischen System. Im Gegenzug müssen sich die privaten Hochschulen jedoch auch allen für die staatlichen Hochschulen geltenden Reglementierungen unterwerfen. Das herausragende Merkmal des niederländischen Systems ist sicher das allgemein als funktionierend bewertete System der Qualitätssicherung bei hoher Autonomie der Hochschulen. Positiv ist darüber hinaus die weitgehende Elternunabhängigkeit der Studienförderung zu sehen.

Eine von den Eltern unabhängige Refinanzierung der Studiengebühren gehört auch zum australischen HECS. Dieses System ist vor allem als das erste realisierte Darlehenssystem mit einkommensabhängiger Rückzahlung zu würdigen, das offenbar auch keine Abschreckungseffekte auf die Studiennachfrage gezeigt hat - weder insgesamt noch sozialspezifisch. Ein hervorzuhebender Aspekt der Gebührenbemessung ist die flexible Handhabung von Teilzeitstudien durch eine Umrechnung der Jahresgebühren auf belegte Studieneinheiten. Das neuseeländische System erscheint als eine konsequente Weiterentwicklung des australischen Systems und ist diesem insbesondere hinsichtlich der Tilgungsregelungen überlegen, aber auch durch die Verfügbarkeit von elternunabhängigen Zusatzdarlehen zur Finanzierung des Lebensunterhalts.“⁹¹

Nach der Darstellung der positiven Aspekte kommt die Verfasserin auf jene Gesichtspunkte zu sprechen, in denen die vergleichende Betrachtung eher negative Lehren ziehen lässt:

„Das amerikanische System zeigt in seiner Vielfalt auch gravierende Qualitätsmängel. Zwar bringt der Bildungsmarkt hervorragende Institutionen und Bildungsangebote hervor; das bestehende System der Akkreditierung ist jedoch nicht geeignet, für alle Institutionen und damit für alle Nachfrager substantielle Mindeststandards zu gewährleisten. Dies führt dazu, daß zwar Hochbegabte bestmöglich gefördert werden, die

90 Bätzel, a.a.O.: S. 284.

91 Ebenda,

Chancen von durchschnittlich begabten Jugendlichen jedoch stark von ihrer sozialen Herkunft eingeschränkt werden (können).

Am niederländischen System ist vor allem zu bemängeln, daß der Staat zwar wenige, aber doch einige sehr weitreichende Regulierungen des Hochschulbereichs vornimmt. Dies sind insbesondere die strikte Vorgabe einer einheitlichen Regelstudienzeit für die meisten Studiengänge, deren Überschreitung für die Studierenden gravierende Konsequenzen hat, sowie die ebenfalls einheitliche Festsetzung der Studiengebühren für alle registrierten Studiengänge, die einen Verzicht auf die Koordination von Studienangebot und -nachfrage über den Preis impliziert.

Der Verzicht auf den Preismechanismus auf dem Markt für Hochschulbildung ist auch am australischen System zu kritisieren. Die inzwischen erfolgte grobe Differenzierung der national einheitlichen Studiengebühren geht zwar in die richtige Richtung, ist aber wie schon die Einführung der Gebühren eher mit dem Motiv der Einnahmenerzielung und einer Reduktion der Staatsausgaben zu begründen als mit der Perspektive eines marktorientierten Hochschulsektors.⁹²

8.2. Fazit der Studie von Bernhard Nagel

Bernhard Nagel kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, dass in allen untersuchten Ländern mit Studiengebühren soziale Ausgleichsmechanismen wirken, die verhindern sollen, dass es zu einer sozialen Abschreckung von potenziellen Studienbewerbern kommt.

„Abgeschwächt existiert das Problem der sozialen Abschreckung allerdings in den USA. Hier differieren die Studiengebühren stark. Die Folge ist: Arme studieren nicht oder an den Community Colleges, es sei denn, sie erhalten eines der vielen Stipendien. Für die Mittelklasse wurden Steuererleichterungen und finanzielle Erleichterungen geschaffen, die den Armen nicht zugute kommen.“⁹³

Zur weiteren Hypothese, wonach es auch bei einer sozialen Abfederung von Studiengebühren durch Darlehen einen Abschreckungseffekt geben kann, liefert der Vergleich der Bewerberzahlen in England und Schottland aufschlussreiches Anschauungsmaterial.

„In England und Schottland verläuft die Entwicklung der Studierendenzahlen unterschiedlich, weil in Schottland die Zuschuss- und Darlehensbedingungen besser sind und die Zahlung der Studiengebühren für Schotten auf die Zeit nach dem Studium verschoben wird.“⁹⁴

Es ist jedoch unklar, ob die Staffelung der Studiengebühren nach den späteren Berufsaussichten zu einer Abschreckung von Studienbewerbern führt.

92 Ebenda: S. 285ff.

93 Nagel, a.a.O.: S. 76.

94 Ebenda.

„Die Studierenden aus den niedrigeren Einkommensschichten sind jedoch nach wie vor erheblich unterrepräsentiert. Diese Tendenz verstärkt sich anscheinend. Empirisch nicht widerlegen lässt sich die .. Hypothese, wonach eine Mischkonstruktion aus allgemeinen Studiengebühren, allgemeinem Sockelzuschuss und speziellen Zuschüssen bzw. Darlehen für Bedürftige nicht sozial abschreckend wirkt. In den Niederlanden, in denen ein gemischtes System von Studiengebühren, Zuschüssen und Darlehen praktiziert wird, haben sich die Studierenden anscheinend nicht abschrecken lassen, obwohl sich die Konditionen in den letzten Jahren verschlechtert haben.“⁹⁵

In Österreich ist, trotz der im internationalen Vergleich geringen Studiengebühren und der Studienbeihilfen, der Abschreckungseffekt besonders hoch. Nagel macht dafür die mangelhafte Vorbereitung des hochschulpolitischen Kurswechsels verantwortlich sowie die Existenz alternativer Studier- und Arbeitsmöglichkeiten der potenziellen Studienbewerber.

„Wenn es auf Dauer dabei bleibt, dass potenzielle Studienbewerber sich wie in Österreich von Studiengebühren abschrecken lassen, .. dann entsprechen diese Menschen nicht der Kunstfigur des Homo Oeconomicus, die vielen Überlegungen von Ökonomen zugrunde liegt. Sie sind vielleicht nicht einmal in ihrer Mehrheit risikoavers, sondern schätzen das Risiko eines Studienbewerbers, sich in der schichtenspezifisch ‚fremden‘ Umgebung einer Universität durchzusetzen, das Examen erfolgreich zu absolvieren und danach erfolgreich einen akademischen Beruf zu ergreifen, realistisch ein. Die Studiengebühr ist nur der letzte Anlass dafür, sich für ein alternatives Angebot zu entscheiden.“⁹⁶

Für Nagel zeigt zwar das niederländische Beispiel, dass durch eine Strategie des allmählichen Umsteuerns offensichtliche Abschreckungswirkungen vermieden werden können. Gleichzeitig kritisiert er aber die Entwicklung, dass der Staat zunehmend aus der Finanzierung der Hochschulen aussteigt bzw. seinen Anteil zurückfährt. Dies gilt sowohl für die Niederlande als auch für Australien und Neuseeland.

„Festzuhalten ist: Wenn man doch, und zwar in erster Linie in Ländern ohne eine echte Alternative zum Studium in Gestalt eines ausgebauten Systems der Berufsausbildung, Studiengebühren einführt und negative soziale Auswirkungen vermeiden will, muss man langsam vorgehen und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die eine negative Entwicklung wie in den USA verhindern, etwa durch eine .. Gebührenstundung wie in Schottland, durch eine verbesserte Kommunikation gerade auch gegenüber Bewerbern aus weniger vermögenden und bildungsfernen Schichten und durch ein attraktives System von Stipendien und Darlehen. (...) Wenn man sich die ausländischen Beispiele vor Augen hält, erscheint es in Ländern wie Deutschland ohne Studiengebühren sinnvoller, bei knapper werden öffentlichen Mitteln auf eine Effizienzverbesserung der

95 Ebenda.

96 Ebenda: S. 77.

Hochschulen und des Studiums und nicht auf die Einführung von Studiengebühren zu setzen. Diese Feststellung gilt insbesondere für Länder, in denen es ein attraktives System der dualen Berufsausbildung als Alternative zum Studium gibt und deshalb eine Abwanderung von den Hochschulen droht.⁹⁷

97 Ebenda: S. 77f.

9. Zusammenfassung

Die Einführung von Studiengebühren wird inzwischen von fast allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland erwogen. Die Voraussetzung für die Erhebung von Studiengebühren ist jedoch die Implementierung eines umfassenden Stipendiensystems, um auch weiterhin sozial schwächeren Studierenden ein Studium zu ermöglichen und Abschreckungseffekte zu vermeiden. Dabei sollten die in den untersuchten Ländern aufgetretenen Fehlentwicklungen jedoch vermieden werden.

An dieser Stelle sollen deshalb die Vor- und Nachteile von direkten Studiengebühren bzw. nachgelagerten Studiengebühren noch einmal kurz aus der Sicht der beteiligten Akteure (Staat/ Bundesland, Hochschule, Studierende) dargelegt werden.

Aus der Sicht der **Hochschulen** sind sofort fällig werdende Studiengebühren von Vorteil, sofern sie den Hochschulen unmittelbar und ungekürzt zufließen. Das Beispiel Australiens macht sogar deutlich, dass beim sogenannten Up-Front-Paying den Studierenden Rabatte eingeräumt werden können, wenn sie die Gebühren im Voraus zahlen. Davon profitieren allerdings in erster Linie vermögende Studierende, während sich das Studium für wenig vermögende Studierende aufgrund der Verzinsung im Verhältnis verteuert und sich deren Bildungsrendite verringert.

Werden die Studiengebühren allerdings erst nachträglich erhoben, sinken die Chancen der Hochschulen, zusätzliche Mittel einzunehmen, da eine zentrale Verwaltungseinrichtung, wie z.B. die Steuerverwaltung, diese Gebühren einfordern muss. Insgesamt ist für die Hochschulen eigentlich nur interessant, inwieweit sie an den zusätzlichen Einnahmen durch Studiengebühren beteiligt sind, ohne dass sich die staatlichen Ausgaben für den universitären Bereich dabei vermindern. Eine Verbreiterung der Finanzlage der Hochschulen durch Studiengebühren konnte in den untersuchten Staaten nicht festgestellt werden, da sich die öffentliche Hand in diesen Staaten jeweils in gleichem Maße aus ihrer finanziellen Beteiligung zurückzog. In Österreich und England, die erst vor kurzer Zeit Studiengebühren eingeführt haben, bleibt abzuwarten, ob ein Rückzug staatlicher Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich stattfindet.

Aus der Sicht des **Staates/ Bundeslandes** ist die Erhebung von Studiengebühren dann von Vorteil, wenn diese Gebühren einbehalten und der Bildungsetat um diese Summe entlastet werden kann. Dies trifft um so mehr zu, wenn der Staat ein Stipendiensystem unterhält und die Ausfallbürgschaft für nicht zurückgezahlte Stipendien übernimmt. Ein solches Stipendiensystem einschließlich einer entsprechenden Ausfallbürgschaft könnte auch auf Länderebene organisiert werden. Aus organisatorischen Gesichtspunkten erscheint aber eine zentrale Abwicklung über die bestehende Steuerverwaltung geeigneter. Allerdings kann der Staat bzw. ein Bundesland auch eine nachgelagerte

Erhebung von Studiengebühren präferieren, wie das Beispiel Schottland zeigt. Dass der Rückfluss der Darlehen dadurch erst nach Abschluss des Studiums nach etwa fünf oder sechs Jahren einsetzt, wird dabei billigend in Kauf genommen.

In keinem der untersuchten Staaten konnte schlüssig die „Sozialverträglichkeit“ von Studiengebühren dargelegt werden. Man hat auch nicht den Eindruck, dass die Staaten ein besonderes Interesse an der Gewinnung solcher amtlichen Statistiken entwickeln. Auch das immer wieder vorgebrachte Argument, wonach Studiengebühren zu einem zügigeren Studienverlauf führen, konnte – mit Ausnahme eines gewissen Abschreckungseffekt auf Langzeitstudierende – nicht belegt werden.

Aus der Sicht der **Studierenden** ist die Erhebung von Studiengebühren eher unerwünscht. Die These, wonach Studenten durch die Einführung von Studiengebühren mehr Einfluss auf ihre eigene Situation nehmen und aktiver für ihre Belange eintreten werden, entspricht eher theoretischem Wunschdenken als der Realität. Sollten Studiengebühren jedoch in der Zukunft erhoben werden, werden nachgelagerte Studiengebühren offensichtlich am ehesten akzeptiert, zumal wenn sie möglichst gering ausfallen und ihre Rückzahlung an ein Mindesteinkommen gekoppelt sind. Dies beweist nicht nur der direkte Vergleich der neu Immatrikulierten zwischen England und Schottland, sondern auch eine neue Umfrage der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa) vom November dieses Jahres, die im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) durchgeführt wurde. Die Umfrage ermittelte, dass 59 Prozent der Studierenden der Einführung einer Studiengebühr in Höhe von 500 Euro pro Semester zustimmen würden, wenn „die Mittel unmittelbar der Hochschule zugute kämen und zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt würden“⁹⁸. Weitere Bedingung ist, dass die Gebühr erst nach Beendigung des Studiums fällig wird, wenn eine gewisse Einkommensgrenze überschritten wird. Vor drei Jahren war diese Zahl bei derselben Frage noch 12 Prozentpunkte geringer. Die Umfrage zeigt allerdings auch, dass 94 Prozent der Studierenden und 72 Prozent der Bevölkerung Studiengebühren ablehnen, wenn diese nicht sozialverträglich abgesichert sind und dem allgemeinen Landes- und Bundeshaushalt zufließen.

Eine Aussicht auf Verjährung der Schulden, wie z.B. in Holland nach 15 Jahren und nicht erst zur Pensionierung wie in Australien, erscheint ebenfalls tauglich, Abschreckungseffekten bei Studierenden aus sozial schwachen und eher bildungsfernen Bevölkerungsschichten entgegenzuwirken.

VA Gregor Strate

98 Akzeptanz von Studiengebühren – Ergebnis einer forsa-Umfrage in der Bevölkerung und bei Studierenden, S. 3. Quelle: <http://www.che.de/newsletter/link.php?linkid=4116>

10. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Akzeptanz von Studiengebühren – Ergebnis einer forsa-Umfrage in der Bevölkerung und bei Studierenden, S. 3. Quelle: <http://www.chc.de/newsletter/link.php?linkid=4116>.
- Ausländische Studenten als Wirtschaftsfaktor, Boomende Nachfrage nach Studienplätzen in Australien, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.12.2003, S. 15.
- Bätzel, Martina, Studienfinanzierung im Sozialstaat – Eine Konzeption im Lichte der Gestaltungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin, 2003.
- Carpenter, Peter, Hayden, Martin (1993): Improvements in Equity in the Participation of Young People in Higher Education in Australia During the 1980s, in: Higher Education, Vol. 26, S. 199-216.
- Das schottische Studiengebührenmodell, Joachim Rickes, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages – WF VIII G – 203/2003.
- Foreign students, Is globalisation lagging in the classroom?, ed. by Directorate for Employment, Labour and Social Affairs, OECD-Observer. Published on: September 29, 2000. Quelle: http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/340/Foreign_students.html.
- Heaney, Matt, Schottland: Gebühren abgeschafft? in Philtrat nr. 34, mai/juni 2000. Quelle: <http://www.koeln.de/phil-fak/philtrat/34/3407.htm>.
- Hochschulausbildung in: Dialog mit den Bürgern: Vereinigtes Königreich. Quelle: <http://europa.eu.int/scadplus/citizens/de/uk/10974.htm>.
- Lohmann, Ingrid, Bildung – Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des General Agreement on Trade in Services (GATS) auf den Bildungsbereich, 22. GEW-Sommerschule: Bildung – Ware oder öffentliches Gut? Über die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft. 25.-31. August 2002, Akademie am Meer, Klappholtal, S. 4f. Quelle: <http://213.198.62.63/sommerschule/texte/lohmann.pdf>.
- Losing Ground: A National Status Report on the Affordability of American Higher Education, ed. THE NATIONAL CENTER FOR PUBLIC POLICY AND HIGHER EDUCATION, University of California, Los Angeles 2002. Quelle: http://www.highereducation.org/reports/losing_ground/affordability_report_final.pdf.
- Nagel, Bernhard, Interview in: Das Forum/Bildungsreport – NDR-Info (24.5.2003).
- Nagel, Bernhard, Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen, Nomos, Baden-Baden, 2003.
- Nagel, Bernhard, Wie wirken Studiengebühren? Quelle: <http://www.gewberlin.de/2481.htm>.
- National Center for Education Statistics, 2000, Digest of Education Statistics.
- National Center for Education Statistics, 2001, Quelle: <http://nces.ed.gov/pubs2002/digest2001/ch3.asp#4>
- Ostwald, Susanne, Schauplatz USA: Ohne Preis kein Fleiss - Sorgen mit explodierenden Studiengebühren in Amerika, NZZ Online vom 29. Oktober 2001. Quelle: <http://www.nzz.ch/2001/10/29/fe/page-article7GS1H.html>.

- Palmer, Boris, Die Gedanken sind Freiwild - Mit nachträglichen Studiengebühren wurde Australien zum Vorbild - nun gerät das Modell in die Mühlen einer neuen Regierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Januar 1998.
- Selected Higher Education, Student Statistics, 1998, de. by Department of Education, Training and Youth Affairs, Canberra December 1998, Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/student98shes.pdf.
- Students 2000, Selected Higher Education Statistics, 2000, ed. by Commonwealth of Australia 2001. Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/student00shes.pdf.
- Students 2002, Selected Higher Education Statistics, 2002, ed. by Commonwealth of Australia 2002. Quelle: http://www.dest.gov.au/highered/statistics/students/02/student_table/students2002.pdf.
- Studieren in Großbritannien 2003/04. British Council Germany in: Quelle: <http://www.britishcouncil.de/d/education/study4.htm>.
- Thibaut, Matthias, Blair gewinnt - demütigend knapp bei Abstimmung über Studiengebühr, in: Der Tagesspiegel, Berlin, 28.01.2004.
- UNICUM, 12/99, S. 20; zitiert nach: <http://www.uni-lueneburg.de/asta/aktuell/presse/default.html>.
- Vor Rekord bei Zahl der Studienanfänger, Die Presse, 27.11.2003. Quelle: <http://oeh.ac.at/oeh/pressespiegel/100206872602/106996865244>.